

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1998
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bayern

„Wir machen Zukunft“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Bad Kissingen am 16. Mai 1998)

Wir machen Zukunft

Liberales Programm zur bayerischen Landtagswahl 1998

Inhaltsverzeichnis

SIE oder die!	3
Die politischen Schwerpunkte der bayerischen F.D.P.	5
Befreit die Schulen und Hochschulen! Vertraut den Menschen.	6
Das neue Agrarkonzept: Gerechter Lohn statt Subvention.	12
Handeln statt Hürden! Freie Unternehmer im <i>FreiStaat</i> .	15
Die Wahlaussagen der bayerischen F.D.P.	20
Arbeit Arbeit Arbeit	21
F.D.P. - Ihrer Gesundheit zuliebe	23
Weniger Verordnungen - mehr Wohnungen	25
Unsere Kinder brauchen eine kinderfreundliche Gesellschaft	26
Gleichheit im Gesetz muß auch umgesetzt werden	27
Soziale Sicherheit	28
Renten aktiv sichern statt „Augen zu“	29
Innere Liberalität und Menschlichkeit - Innere Sicherheit und Bürgerrechte	30
Schluß mit Inhumanität!	32
Medien am Schnittpunkt von Wirtschaft und Meinung	33
Kultur zwischen Kunst und Kommerz	36
Umwelt zum Leben	37
Energie ist die Grundlage unseres Lebens	38
Mobil durch kundenorientierte Verkehrssysteme	39
Kommunen stärken!	40
Für einen echten Föderalismus - wir wollen ein starkes Bayern	42
Bayern ist für Europa	43
Schließlich ist es ihr Geld!	44

Wahlprogramm der F.D.P. Bayern zur Landtagswahl am 13. September 1998.
Beschlossen vom 48. Ordentlicher Landesparteitag der F.D.P. Bayern am 16. Mai

1998.

SIE oder die!

Lassen SIE sich gerne bevormunden, gängeln, beschränken und abzocken?

Ja? **Stop!** Dann lesen SIE nicht weiter. Wählen SIE eine der zahlreichen anderen Parteien. Egal welche.

Wenn SIE aber zu den Menschen gehören, die bereit sind **Verantwortung für sich und andere zu übernehmen**, wenn SIE die Initiative ergreifen, wenn SIE die Dinge voranbringen wollen,

dann sind SIE richtig bei der F.D.P. Und nur bei der F.D.P.

Verantwortung tragen zu können, wird niemandem geschenkt. Aber jede und jeder kann es lernen. Im Elternhaus und in der Schule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Die Fähigkeit, in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, setzt **Erfahrung mit Verantwortung** voraus. Doch genau davor "bewahrt" unser hierarchisches Schulsystem die Kinder. Viele Kinder können mit neuen Medien und Computer besser umgehen als ihre Lehrer. Sie bringen sich dies außerlehrplanmäßig auch noch selbst und gegenseitig bei. Gehört sich so etwas? Muß man das nicht verbieten? Die F.D.P. meint: Nicht die Kinder sind das Problem, sondern die Schulen. Diese müssen sich zu einem grundlegenden Wandel durchringen. Die bayerische F.D.P. hat deshalb eine zukunftsfähige Bildung zu einem ihrer Kernziele gemacht. Die Zukunft wartet nicht. Die Entscheidungen müssen jetzt getroffen werden. **Befreit die Schulen!** SIE entscheiden.

Sie entscheiden!

Mutige Entscheidungen brauchen wir auch **in der Agrarpolitik**. 1999 werden in der Landwirtschaft für eine lange Zeit die Weichen gestellt. Zuviel staatliche Regelung, permanente Fehlsteuerungen, ein massiver Mißbrauch und Verschwendung vieler Milliarden DM haben die Landwirtschaft in Mißkredit gebracht. Schuld sind nicht die Landwirte. Diese müssen sich systemkonform verhalten, wenn sie nicht untergehen wollen. Die F.D.P. setzt nicht auf die "Weisheit" der Bürokraten oder die "Klugheit" von Quoten, Vorschriften und Formularen. Die F.D.P. setzt auf die **unternehmerische Leistungsfähigkeit der bayerischen Landwirte**. Sie sind nicht nur Erzeuger von Lebensmitteln, sie sorgen auch für die Pflege der Kulturlandschaft, hüten die Trinkwasservorräte und schaffen eine lebenswerte Umwelt für uns alle. Vorausgesetzt, das Agrarsystem unterstützt sie dabei und zwingt nicht zu unnatürlichem Verhalten. Wenn SIE die Gelegenheit haben an einem klaren Tag über Bayern zu fliegen (noch dürfen SIE ja), dann nutzen SIE die Zeit für einen Blick über das Land. SIE sehen: Der größte Teil Bayerns ist landwirtschaftlich genutzte Kulturlandschaft. Um diese Kulturlandschaft zu erhalten ist eine Agrarpolitik notwendig, die die wirtschaftlichen Interessen der Landwirte und die ökologischen Interessen der Bevölkerung vereint. Die bayerische F.D.P. hat das notwendige Agrarkonzept vorgelegt. SIE entscheiden.

Freiheit kann man nicht kaufen. Wem aber die wirtschaftliche Grundlage fehlt, der ist nicht frei. Die F.D.P. meint: **Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die beste Sozialpolitik**. Auch wenn andere das nicht verstehen wollen. Deshalb nimmt die F.D.P. Partei für die Wirtschaft. Auch wenn andere das verwerflich finden. Und das erwirtschaftete Geld lieber verteilen. Neue Arbeitsplätze kann man nicht herbeizaubern. Aber wir können Sie uns im wahrsten Sinne "**erarbeiten**". Das setzt die richtige Weichenstellungen voraus: Weniger Steuern, weniger Subventionen, weniger Gängelung, weniger Staat. Mehr Mittelstand, mehr Initiative, mehr Freiheit, mehr Arbeitsplätze. Auch wenn andere das nicht verstehen wollen. Freiheit können auch SIE nicht kaufen. Aber wählen! SIE entscheiden.

Weniger ist mehr.

Wir machen Zukunft

Die F.D.P. will Freiheit für die Schulen, die Landwirte und die Wirtschaft. **Freiheit** ist kein Selbstzweck, sondern **die Voraussetzung für Bildung, Wohlstand und unser aller Zukunft.**

SIE entscheiden!

Am 13. September 1998 mit beiden Stimmen für die F.D.P.!

**Die politischen Schwerpunkte
der bayerischen F.D.P.**

Bildungspolitik

TIMSS-Studie bestätigt F.D.P.: Deutschland gerade mal Mittelmaß

TIMSS ist eine Vergleichsstudie der OECD in 40 Ländern über den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht. Die erschreckenden Ergebnisse:

- Asiatische Länder sind auf einem anderen Niveau, für deutsche Schülerinnen und Schüler derzeit unerreichbar. Deutschland ist nur knapp Mittelmaß (z.B. im Mathematikunterricht auf Platz 24 von 40 Ländern).
- Im Bereich der Spitzenleistungen ist Deutschland bedenklich unterrepräsentiert. Deutschland ist einer der wenigen Industriestaaten, die auf Qualitätskontrollen der Bildungsprozesse praktisch verzichten.

„Innovative und leistungsfähige Schulen brauchen entsprechende Rahmenbedingungen. Es ist daher Aufgabe des Staates, die Balance zwischen Gewährleistung größtmöglicher Selbstverantwortung und Sicherung vergleichbarer Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche zu wahren.“

Reinhard Mohn

Befreit die Schulen!

Schule heute - nicht mehr auf der Höhe der Zeit

Den Unterricht an Bayerns Schulen prägt reine Faktenvermittlung. Das Lernen lernen bleibt unseren Schülerinnen und Schülern verwehrt. Beim heutigen Frontalunterricht steht im Mittelpunkt der Lehrer und nicht der Schüler. Wirtschaft und Hochschulen üben schwerwiegende Kritik an der schulischen Ausbildung. Hauptkritikpunkte sind: Veraltetes Wissen, ungeeignete Methoden, fehlende Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft. Die Anhäufung von Erkenntnisdaten, die rasante Abnahme der "Halbwertszeit des Wissens" fordert Gesellschaft und den Einzelnen im hohem Maße. Die Informationsgesellschaft zwingt zum Wandel in den Schulen.

Die zentralen Forderungen der F.D.P.

Autonomie und Eigenverantwortung

Wir fordern ein hohes Maß an Selbständigkeit der Schulen.

Moderne Pädagogik

Aktives Lernen statt Passivität. Im Mittelpunkt: Schülerinnen und Schüler als Menschen individueller Ausprägung.

Schule als lernende Organisation

Das Prinzip der Kooperation von Behörden, Schulleitung, Lehrern, Eltern und natürlich Schülern. Voneinander lernen statt in Hierarchien befehlen.

Schul-TÜV

Die F.D.P. will Qualitätssteigerung der Schulen und des Unterrichts. Dies wird durch ständige Evaluation erreicht. Internationale Beispiele haben die nötige Vorarbeit geleistet. Ergebnis: Bessere Bildung, weniger unnötiger Streß für alle.

Partizipation

In allen Bereichen der Schule werden Eltern und Schüler wirksam einbezogen.

Integration Die Bedingungen vor Ort, die Fähigkeiten der Schüler und die Wünsche der Eltern sind nicht Störfaktoren, sondern Motor des Wandels. Dies schließt die Integration von Kindern mit Behinderungen wie auch Angehöriger verschiedener Kulturen ein. Im Vordergrund steht das Wohl des Kindes.

Lernen für morgen - die Welt aktiv begreifen

Im Schuljahr 1996/97 gab es in Bayern 5057 Klassen mit mehr als 30 Kindern . 46,22% der Schulanfänger sitzen in Klassen mit über 25 Kindern.

Bayern ist in Deutschland das Land mit den im Durchschnitt größten Klassen.

**Ziel ist: Keine Klasse über 25 Schüler !
Dazu brauchen wir mehr Lehrer!**

Unsere Forderung:
Mehr Planstellen und Altersteilzeit wie in der gewerblichen Wirtschaft.

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik der F.D.P. stehen nicht Aufsichtsbehörden, sondern die **Schülerinnen und Schüler.**

Durham ist in einem internationalen Vergleich der Schulsysteme der Preisträger 1996 der Bertelsmann Stiftung.

Die Eigenverantwortung der Schulen muß durch sachgemäße Autonomie, d.h. angemessene finanzielle, organisatorische, lehrplanerische und pädagogische Selbständigkeit gestärkt werden. Nur so wächst ein eigenständiges Profil. Das Warten auf zentrale Regelungen muß durch weitgehend eigenverantwortliches Handeln ersetzt werden.

Zentrale Säulen einer zukunftsfähigen Bildung sind lebenslanges Lernen, der Erwerb von Schlüsselqualifikationen und die Leistungsorientierung als unverzichtbarer Parameter von Bildung.

"Handlungsorientierter Unterricht" muß konsequent verwirklicht werden. Dabei stehen im Mittelpunkt des Unterrichts die Kinder und Jugendlichen, sie dürfen ihre Persönlichkeit erproben und wirklichkeitsnahe Erfahrungen sammeln. Die Lehreraus- und fortbildung muß dem gerecht werden.

Um eine realistische Alternative zum Gymnasium zu bieten, soll neben der 4-jährigen Realschule auch die 6-jährige Realschule zur Wahl gestellt werden. Zugleich ist für besonders geeignete Schüler flächendeckend die 10. Hauptschulklasse (mittlerer Schulabschluß) anzubieten. Die Antwort auf die sozialen Veränderungen in unserer Gesellschaft müssen flächendeckende Angebote der Ganztagsbetreuung an Schulen sein.

Schule braucht moderne Organisationsstrukturen. Diese setzen die Kreativität und Innovationskraft voraus. Deshalb muß die verheerende und schamlose Personalpolitik des bayerischen Kultusministeriums beendet werden. Bei Personalentscheidungen sind die „richtige“ Parteizugehörigkeit, Linientreue und Angepaßtheit ausschlaggebend, nicht aber Kreativität und Innovationskraft. Schule braucht Management und nicht nur Verwaltung.

Mehr Wettbewerb durch private Bildungsangebote ist erforderlich. Damit muß eine stärkere Förderung von Schulen in freier Trägerschaft verbunden sein. Auch in Bayern brauchen wir endlich die völlige Gleichstellung von privaten und öffentlichen Schulen.

Die Schule muß die Gesellschaft aktiv mitgestalten, statt mit immer größeren Zeitverzögerungen nur noch zu reagieren.

*Hilf mir, es selbst zu tun!
Ein Schüler von Maria Montessori*

Reformbeispiel Durham - der Musterfall

1982 belegte der kanadische Schuldistrikt Durham (110 Schulen) bei einem nationalen Vergleichstest den letzten Platz. Dies setzte entschiedene Reformaktivitäten frei. Heute zählt Durham zu den leistungsfähigsten Schulregionen in der Welt. Wie war das möglich? Durham hat Reformen, wie sie an verschiedensten Orten in der ganzen Welt angestoßen werden und wie sie die F.D.P. fordert, konsequent und schnell umgesetzt. In dem Programm „Empowerment in the Classroom“ wurde die Verantwortung in den Schulausschuß (Schulleitung, Lehrer, Eltern und Schüler) delegiert, die Behörden verstehen sich als Partner, und interne wie externe Evaluation verbessern ständig die Qualität des Unterrichts. Es geht! Warum nicht in Bayern?

Unser Ziel ist: Kein Jugendlicher ohne einen Ausbildungsabschluß. Für mehr praktisch orientierte müssen abgestufte Ausbildungsgänge mit Zertifikat entwickelt werden.

Mehr Geburten

Seit 1995 nehmen die Geburten in Bayern wieder deutlich zu. Ab 2001 kommen diese Kinder in die Grundschule. Der Landtag, der am 13.

September 1998 gewählt wird, entscheidet darüber, ob diesen Kindern die nötigen Ressourcen bereit gestellt werden.

Durchschnittsalter

Abitur
mit 19,8 Jahre
Studienanfang
mit 21,2 Jahre
Uniabschluß
mit 28,3 Jahre

**Befreit die
Schulen!
Vertraut den
Menschen.**

Berufliche Bildung - Gleichwertigkeit statt Störfaktor

Das Prinzip der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist konsequent zu verwirklichen. Die Koordination zwischen Schule und Wirtschaft ist deutlich zu verbessern. U.a. fordert die F.D.P.:

- Die aufgrund des raschen Wandels in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft notwendige ständige Neuordnung von Berufsbildern sowie die Überarbeitung von Lehrplänen müssen rascher erfolgen.
- Den unterschiedlichen Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Auszubildenden muß durch die Schaffung inhaltlich und zeitlich differenzierter und neuer Berufsbilder Rechnung getragen werden. Besonders Begabte sind durch differenzierte Berufsschulklassen und durch die Möglichkeit des Erwerbs zusätzlicher Qualifikationen mehr als bisher zu fördern.
- Modulelemente in der beruflichen Bildung müssen erprobt und gegebenenfalls landesweit eingeführt werden. Statt tiefer Strukturierung ist als Reaktion auf individuelle und regionale Besonderheiten bei Beibehaltung einer verbindlichen gemeinsamen Basis zur Sicherstellung der Mobilität ganzheitlich vernetztes Wissen anzustreben.
- Es sind abgestufte Ausbildungsgänge einzurichten, deren Ausbildungsstufen jeweils mit einer Prüfung abgeschlossen werden.

Autonomie ja! So geht's:

- Schrittweise Einführung von Globalhaushalten für Schulen.
- Dezentrale Ressourcenverantwortung, d.h. die Schulen übernehmen die finanzielle und inhaltliche Verantwortung für den Personal- und Sachhaushalt. Dies schließt letztlich auch die Auswahl von Personal und Material ein. Die Gelder, die bisher der Finanzierung der Lernmittelfreiheit dienten, werden ab dem Schuljahr 1998/1999 den Schulen auf Antrag zur eigenverantwortlichen Verwendung zugewiesen.
- Die Finanzierung der Schulen ist grundsätzlich unabhängig von der Trägerschaft, d.h. die öffentliche Finanzierung sollte sowohl für staatliche, kommunale als auch private Schulen gleich sein.
- Kooperative Teilselbstständigkeit beim Lehrplan. Ziel ist eine produktive, gleichberechtigte Partnerschaft von Schulaufsicht, Schulleitung und Lehrerschaft.
- Weitgehende pädagogische Freiheit für die Schulen, denn viele Wege führen zum Erfolg.
- Einführung eines Schulausschusses aus Schulleitung, Lehrerkollegium, Eltern und Schülerschaft zur Übernahme der dezentralen Ressourcenverantwortung und der inhaltlichen Ausgestaltung. **Die Fähigkeit, in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, setzt Erfahrung mit Verantwortung voraus.** Die Angst, daß Schüler nicht sachgerecht mitentscheiden können, teilen Liberale nicht.
- Bei Einführung sachgerechter Autonomie muß durch ein Evaluationssystem an allen Schulen ein den gesellschaftlichen Ansprüchen genügender Standard sichergestellt werden. Evaluation ist die zielorientierte Leistungsmessung innerhalb einer Schule wie auch zwischen den Schulen.

12 Schuljahre sind genug!

- USA, Frankreich, Singapur, Belgien, Japan, Israel, Spanien, Dänemark, Österreich - alle kommen mit 12 Schuljahren aus. Warum nicht Bayern? Sind bayerische Schülerinnen und Schüler langsamer? Sicher nicht. Lange Schulzeiten, Wehrdienst und durchschnittlich 6-8 Jahre Studium statt sinnvoll 4-5 Jahre führen dazu, daß Hochschulabsolventen frühestens mit 28 Jahren in den Beruf einsteigen. Zu spät, denn die begehrten Positionen werden an jüngere vergeben. Diese kommen mit 24 Jahren und jünger aus anderen Ländern. Deutsche Berufseinsteiger haben in internationalen Konzernen kaum mehr eine Chance oder müssen sich mit nachrangigen Aufgaben bescheiden. Kann das unser Ziel sein?
- **Der Gegenwert des 13. Schuljahres - 200 Mio. DM - muß in die Verbesserung des Unterrichts gesteckt werden.** Dann werden die Klassen kleiner, fallen weniger Unterrichtsstunden aus und können sich Lehrer intensiver um die Lernfortschritte der Schüler kümmern. Entrümpeln wir dann noch die Lehrpläne, ist die Reduzierung auf 12 Schuljahre ohne Schaden für die Bildungsqualität.

Hochschulpolitik

1900
30.000 Studierende
an 30 Hochschulen

1997
1,9 Mio. Studierende
an 326 Hochschulen

2020 ?

Kraftlose
Staatsregierung

*Bildung ist ein Pro-
zeß der eigenen
Aktivität, der Selbst-
beteiligung an der
Welt außer uns.*
Johann A. Comenius
17. Jahrhundert

Wettbewerb und
Autonomie bedingen
sich. Ohne Wettbe-
werb ist Autonomie
nichts, ohne Autono-
mie ist Wettbewerb
nichts. Autonomie
führt zu mehr Viel-
falt, Wettbewerb zu
höherer Qualität.

Kameralistik ist das
staatswirtschaftliche
Rechnungswesen

Dienstherrenfähig-
keit umfaßt alle
Rechte und Pflichten
eines Arbeitgebers

Hochschule auf dem Weg ins nächste Jahrtausend!

Liberaler Hochschulpolitik

Bildung als Bürgerrecht öffnet die Hochschule für alle geeigneten Studienbewerber unter Wahrung der Chancengleichheit. Als Ausdruck des liberalen Verständnisses von Freiheit sehen wir Bildung den Prinzipien Verantwortung, Vielfalt und Fortschritt verpflichtet. Nur leistungsorientierte Hochschulen können ihre Aufgaben erfüllen. Die konsequente Anwendung markt- und wettbewerbsorientierter Mechanismen ist Garant für den Erfolg.

Gesucht: die Kraft für Reformen

Der Einfluß des Staates ist zurückzudrängen, erstarrte Strukturen müssen aufgebrochen und für Reformen muß Raum geschaffen werden. Unsere Studierenden beginnen zu spät, studieren zu lange und sind zum Teil weder für das Studium noch für den späteren Arbeitsplatz hinreichend geeignet. Die bayerischen Hochschulen verlieren an internationalem Ansehen. Der Rückgang der Studierenden in Naturwissenschaft und Technik ist dramatisch. Auch machen Frauen nur einen Bruchteil der Professorenschaft aus.

Forschung und Lehre stärken

Grundlagenforschung und Forschung in den Schlüsseltechnologien müssen verstärkt werden. Die Lehre erhält einen ähnlich hohen Stellenwert wie die Forschung. Dazu tragen neue Organisationsstrukturen, Leistungsparameter, angemessene Honorierung sowie interne und externe Leistungsbewertung bei. Die Studierenden sind an der Leistungsbewertung zu beteiligen.

Modernes Lernen

Die Lehre muß inhaltlich und strukturell entscheidend verbessert werden. Die Wege zu diesem Ziel sind höhere Anforderungen an die pädagogische Eignung der Lehrenden, bessere Abstimmung der Lehrveranstaltungen innerhalb der Hochschule und mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie die mutige Anwendung neuer Informationstechnologie.

Autonomie und Wettbewerb

Weniger Staat, mehr Eigenständigkeit. Weniger Verwaltung, mehr Wettbewerb. Die Hochschulen entwickeln eigene Leistungsprofile und stellen sich dem Wettbewerb. Studienbewerber wählen sie selbst aus und nicht mehr die ZVS. Leistung heißt auch Elite. Ein Eckpfeiler des Wirtschaftsstandorts Bayern ist Elite. Eliteförderung heißt nicht, andere zu vernachlässigen. Elite gehört zur Zukunft eines Landes.

Modernes Management der Hochschule

Der staatliche Einfluß auf die Hochschulen ist im Interesse ihrer Autonomie zu begrenzen. Nur so kann sich zwischen den Hochschulen Wettbewerb entwickeln. Dieser wird zwangsläufig die Einführung moderner Managementmethoden herbeiführen. Die Hochschulen erhalten das Recht der globalen Haushaltsführung. Die kameralistische Haushaltsführung muß durch das kaufmännische Rechnungswesen abgelöst werden. Verwaltungsgremien sind zu dynamisieren und mit externen Fachleuten zu ergänzen. Diese müssen den Prinzipien demokratischer Verantwortung unterliegen (Wahl und Abwahl). Nur dann kann ihnen auch Verantwortung übertragen werden. In die Entscheidungsprozesse sind alle an der Hochschule beteiligten Gruppen einzubeziehen. Die Dienstherrenfähigkeit erstreckt sich auf alle Hochschulbeschäftigte.

Der Hochschulrat

Der Hochschulrat soll kein zusätzliches Leitungsgremium - und damit Konkurrenz zur Hochschulleitung - sein. Die Zusammensetzung des Hochschulrates richtet sich nach dem jeweiligen Profil der Hochschule. Er muß demokratisch legitimiert sein.

Reform der Hochschulfinanzierung

Rückgang staatlicher Finanzierung

1997 fließen in die deutschen Universitäten 40 Mrd. DM öffentliche Mittel und 20 Mrd. DM private.

Bildungsgutscheine sind ein von der Gesellschaft dem Studierenden zur Verfügung gestelltes Bildungsbudget. Die Bildungsgutscheine fungieren als Zahlungsmittel für Lehrveranstaltungen, etc. an der Hochschule.

Prinzip Offenheit

8 Semester sind genug !

Konzepte statt Rezepte

Eine wichtige Grundlage für Autonomie und Wettbewerb ist die Hochschulfinanzierung. Ziele der F.D.P. sind ein besserer Einsatz vorhandener Finanzmittel und die Gewinnung neuer Einnahmen.

Mit der Einführung von staatlich finanzierten Bildungsgutscheinen tritt der Studierende als Nachfrager auf dem „Bildungsmarkt“ auf. Die Bildungsgutscheine führen zu keiner Erhöhung der Staatsausgaben. Vielmehr werden durch den Wandel von einer Angebotsstruktur zu einem Nachfragemarkt die bestehenden Mittel besser eingesetzt.

Neben dieser Grundfinanzierung gibt es eine leistungsbezogene staatliche Zusatzfinanzierung. Darüber hinaus kann eine wettbewerbsfähige Hochschule durch bessere Vermarktung ihres Forschungs- und Lehrpotentials wie auch marktorientierte Verwertung von Ergebnissen mehr Mittel außerhalb der staatlichen Finanzierung gewinnen.

Nach Durchführung der Reformen und somit Schaffung besserer Studienbedingungen kann das System finanzieller Selbstbeteiligung der Studierenden eingeführt werden. Diese ist sozial und leistungsorientiert zu gestalten.

Finanzielle Unterstützung der Studierenden

Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Finanzierung des Studiums individuell bei jedem Studenten. Ein staatliches "Studentengehalt" lehnt die F.D.P. Bayern ab. Die Chancengleichheit gebietet aber, daß niemand aus sozialen Gründen vom Studium ausgeschlossen werden darf. Nach dem Konzept der F.D.P. Bayern, das die Einführung von Studiengebühren ermöglicht, ist ein höherer Finanzbedarf der Studenten zu erwarten. Daher bedarf es einer grundlegenden Reform der finanziellen Ausbildungsförderung.

Die F.D.P. Bayern fordert zur Bestreitung sowohl der Lebenshaltungskosten als auch der Studiengebühren die Einführung eines Darlehenssystems. Die Vergabe des Darlehens ist von der Bedürftigkeit des einzelnen Studenten abhängig.

Die Rückzahlungsmodalitäten richten sich nach dem späteren Einkommen der Absolventen. Übrigens: Eine sozial gerechte Einkommensbewertung setzt eine Steuerreform voraus. Die F.D.P. Bayern setzt sich für eine Förderung herausragender Leistungen von Studenten ein. Deshalb müssen sowohl das private als auch das öffentliche Stipendienwesen ausgebaut werden.

Öffnung der Hochschulen

Geistige und strukturelle Offenheit ist für Hochschulen das Fundament ihrer Entwicklung. Dies setzt folgende organisatorische Maßnahmen voraus: Das Berufsbeamtentum bei Lehrkörper und Verwaltung der Hochschulen ist abzuschaffen. Professoren sind durch das Hochschulmanagement weitgehend von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten. Die Erstberufung erfolgt auf Zeit. Die Besoldung der Mitarbeiter erfolgt auf Leistungsbasis, d.h. das Grundgehalt kann durch frei verhandelbare Leistungszulagen aufgestockt werden. Die Besoldung des Lehrpersonals erfolgt auf Leistungsbasis. Berufsakademien sind zu gründen.

Straffung des Studiums

Die F.D.P. fordert die Straffung der Hochschulausbildung und die Konzentration des Ausbildungsstoffes. Dies soll bei allen Studiengängen den Abschluß innerhalb einer Regelstudienzeit von 8 Semestern ermöglichen.

Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit.

Schlußsatz der Berliner Rede am 5. November 1997 von Roman Herzog

Die bayerische F.D.P. hat zu „Standort Schule in der Wettbewerbsgesellschaft“ und „Standort Hochschule in der Wettbewerbsgesellschaft“ zwei ausführliche Konzepte vorgelegt. Diese sind im Internet unter <http://www.bayern.fdp.de/bildung> oder bei der Landesgeschäftsstelle (Agnesstraße 47, 80798 München, Tel.: 089/12 60 09-0, Fax: 089/12 94 149) erhältlich.

Das neue
Agrarkonzept

**Für die Erhaltung
der bäuerlichen
Landwirtschaft**

**Gegen organisierte
Verschwendung im
Agrarbereich**

20 Mrd. DM Betrug
durch die Mafia!

Bei Großbetrieben
machen die Subven-
tionen 70% des
Gewinns aus, bei
Kleinbetrieben nur
30%.

Erst Intensivierung -
dann Extensivie-
rung.

Das ist **JoJo-
Politik!**

Von den 60 Pf/kg
Milch müssen für
geleaste Milch-
quoten allein 25-30
Pf bezahlt werden.
Bleiben 30-35 Pf/kg
für den Landwirt.
Und das ist Welt-
marktpreis!

Gerechter Lohn statt Subvention

- Das bestehende Agrarsystem ist ein ökonomisches und ein ökologisches Desaster. Es ist gescheitert. Insbesondere nach einer Erweiterung der EU nach Osten wäre es ohnehin nicht mehr finanzierbar.
- Das neue Agrarkonzept der bayerischen F.D.P. senkt die Kosten für die Steuerzahler und stärkt die bäuerlichen Strukturen und ländlichen Räume. Es fördert darüber hinaus eine umweltverträgliche Landwirtschaft und ist die Grundlage für eine gesunde Ernährung und lebenswerte Natur für alle.
- Die F.D.P. setzt auf die unternehmerischen Fähigkeiten der Landwirte.

Heute: die große Verschwendung

- Nach Schätzungen werden aus dem europäischen Agrartopf jährlich 20 Mrd. DM von der **organisierten Kriminalität** abgeschöpft.
- Die Prämien für Tierexporte haben zu einem massiven Anstieg der oft brutalen und würdelosen Tiertransporte geführt. Dies ist nur ein Beispiel von vielen für die **Fehlsteuerung** von Subventionen.
- Drogenschmuggel oder Butterverschiebung, Waffenhandel oder Tiertransporte - für die Mafiabosse macht dies schon lange keinen Unterschied mehr.
- Systembedingt kommen die landwirtschaftlichen Subventionen nur zu einem Teil wirklich bei Landwirten an. Hauptnutznieser sind die **nachgelagerten Bereiche**. Eine unheilvolle Allianz sorgt dafür, daß große Betriebe die größten Subventionen abschöpfen können, während bäuerliche Familienbetriebe nach und nach verdrängt werden.
- Das **ökonomische und ökologische Desaster**: Seit Jahrzehnten wird den Landwirten erzählt, sie sollten ohne Rücksicht auf die Kosten durch die ständige Erhöhung der Leistungen von Pflanzen und Tieren immer intensiver wirtschaften. Massiver Düngereinsatz und damit verbundener Pflanzenschutz belasten die Ökosysteme. Monokulturen zwingen zur Einbringung von Ersatzstoffen, statt durch geschickte Fruchtfolge die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit der Natur zu überlassen.

Die Folgen für die Bauern

- Durch die EU-Bürokratie werden die Bauern ständig gegängelt und bevormundet. Eine freie unternehmerische Entscheidung ist immer weniger möglich.
- Ein Drittel der Bauern lebt bei einem 10-Stunden Arbeitstag auf Sozialhilfeniveau. Tausende von Arbeitsplätzen gehen in der Landwirtschaft verloren. Allein in Bayern geben jeden Tag 30 Höfe auf. Diese Arbeitsplätze müssen kompensiert werden.

Agenda 2000 - Der Anfang vom Ende?

Die Agenda 2000 ist ein Gesamtkonzept zur Osterweiterung der Europäischen Union. Es ist zum Vorteil aller wichtig, die neuen Demokratien zu stärken und wirtschaftlich nach vorne zu bringen. Die Landwirtschaft ist Teil des Agenda-Prozesses. Die Agenda 2000 wird nicht von allen Teilen der Landwirtschaft akzeptiert. Es ist aber falsch, wegen der Landwirtschaft die ganze Agenda 2000 abzulehnen. Notwendig ist es vielmehr das zu verbessern, was verbessert werden muß.

Das eigentliche Problem ist aber nicht die Agenda 2000, sondern die fehlgeleitete Agrarpolitik. Als Erfinderin der Quotenpolitik hat insbesondere die CSU viele Höfe in den Ruin getrieben. Diese Politik ist gescheitert. Der Reparaturversuch in der Agenda 2000 ist zu kurz gesprungen. Notwendig ist ein grundlegend neues Agrarkonzept, das die Bauern wieder Unternehmer sein läßt und sie ohne Bürokratie für ihre landschaftspflegerischen Leistungen gerecht entlohnt. Genau das hat die F.D.P. vorgelegt.

Die Konsequenzen für uns alle

- Fehlproduktion und Formen einer überregulierten Planwirtschaft in der Landwirtschaft.
- Belastung der Natur statt Pflege der Kulturlandschaft.
- Hohe Steuern für sinnlose Subventionen und teure Bürokratien.
- Die Landwirte müssen ihre Betriebe verlassen und drängen auf den Arbeitsmarkt.

Die bayerische F.D.P. fordert deshalb:

1. Abschaffung aller produktbezogenen Agrarsubventionen
2. Umfassende Entbürokratisierung
3. Pflege der Kulturlandschaft und Erhaltung der Umwelt
4. Erhaltung und Stärkung der bäuerlichen Strukturen
5. Einkommenssicherung der Bauern durch den „Bauernlohn“
6. Gesunde Ernährung für alle

Der Kern des neuen Agrarkonzeptes

Der Bauernlohn

Die Landwirte erfüllen für die Gesellschaft eine unverzichtbare Aufgabe: Die Pflege der Kulturlandschaft. Für diese Leistung erhalten sie ein Honorar - den Bauernlohn.

Die Stickstoffabgabe

Als marktgerechtes Regulativ wird auf den Stickstoffgehalt eine Abgabe erhoben. Damit wird mineralische Düngung nicht unmöglich gemacht, aber ggf. verteuert. Das ist im Landwirtschaftsbereich der Einstieg in die schon lange geforderte und überfällige ökologische Marktwirtschaft.

Die Viehbesatzbegrenzung

Im Sinne einer umweltverträglichen Bewirtschaftung wird der Viehbesatz auf 2,5 Großvieheinheiten je Hektar begrenzt.

Der Bauernlohn:
Leistung und Gegenleistung statt Subvention.

Die Sicherstellung der Gegenleistung durch ökologische Regulative.

Beispiel:

Ein Hof mit **25 ha**.

Die ersten 10 ha:
10 x 1.600 DM =
16.000 DM

die zweiten 10 ha
10 x 1.400 DM =
14.000 DM

die dritten 5 ha
5 x 1.200 DM =
6.000 DM.

Summe:

16.000 DM
+ 14.000 DM
+ 6.000 DM
= **36.000 DM**

Wie funktioniert der „Bauernlohn“?

Der Bauernlohn ist Teil des steuerbaren Einkommens und in Stufen nach Betriebsgröße je Hof gestaffelt. Er ist an die landwirtschaftliche Nutzung gebunden. Für die degressive Staffelung schlägt die bayerische F.D.P. folgende Beträge vor:

Fläche in ha	DM/ha	Höchstsumme in DM
die ersten 10	1.600	16.000
10 - 20	1.400	30.000
20 - 30	1.200	42.000
30 - 40	1.100	53.000
40 - 50	1.000	63.000
50 - 60	900	72.000
60 - 70	800	80.000
70 - 80	700	87.000
80 - 100	650	100.000
100 - 200	600	160.000
200 - 300	500	210.000
300 und mehr	400	keine

Mehr Geld für die Landwirte, weniger Kosten für die Steuerzahler! Wo ist der Trick?

Kein Trick:
Teure „Umwege“ gibt es nicht mehr, das Geld geht direkt an die Landwirte

Was kostet das die Steuerzahler?

Der Bauernlohn kostet knapp 18 Mrd DM jährlich. Zum Vergleich: 1996 haben EU, Bund und Länder zusammen an Agrarsubventionen für Deutschland 21,8 Mrd. DM ausgegeben. 1997 werden es 22,8 Mrd. DM sein. Das ist jetzt schon mehr, als das F.D.P.-Konzept kosten kann!

Letztlich finanziert sich der Bauernlohn durch die Abschaffung der bisherigen Subventionen und die Rückflüsse aus der Stickstoffabgabe. Neue Gelder werden nicht benötigt. Im Gegenteil: Geld wird gespart!

Das neue F.D.P.-Konzept lohnt sich aus

ökonomischer Sicht, denn

- es bleibt mehr Geld für die Bauern,
- die Begünstigung der Agrarmafia wird unterbunden,
- die Kosten für die Steuerzahler werden deutlich gesenkt,

und aus ökologischer Sicht, denn

- die Kulturlandschaft wird nachhaltig gepflegt,
- eine Integration von Landwirtschaft und Naturschutz ist wieder möglich,
- eine gesündere Ernährungsgrundlage wird vom Agrarsystem unterstützt.

Das F.D.P.-Konzept lohnt sich für Bauern, Steuerzahler und Verbraucher. Es schützt die Tiere und schont die Umwelt.

Das F.D.P.-Konzept ist gut für alle - außer für die Mafia.

Das neue Agrarkonzept erhalten Sie in der ausführlichen Fassung im Internet unter http://www.bayern.fdp.de/agrar oder bei der F.D.P.-Landesgeschäftsstelle, Agnesstraße 47, 80798 München, Tel.: 089/12 60 09-0, Fax: 089/12 94 149.

Mehr privat
-
weniger Staat !

84 Milliarden DM
Subventionen der
Länder pro Jahr
- das ist zuviel

Weg mit
Dauersubventionen!

Handeln statt Hürden!

Freie Unternehmer im *Freistaat*.

Die F.D.P. ist in Bayern die einzige Partei, die weniger Staat und Bürokratie und mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb will. Dieses Konzept liberaler Wirtschaftspolitik bietet den Menschen die Chance, für persönlichen Erfolg und Wohlstand selbst die Voraussetzungen zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik der F.D.P. ermöglicht Risikobereitschaft, Initiative und Leistung.

Der bayerische Staatskapitalismus mit seiner hohen Regelungsdichte und seinem Filz, verbunden mit den extrem hohen Steuersätzen, behindert demgegenüber innovatives unternehmerisches Handeln.

Tiefgreifende Reformen sind nötig.

Subventionsabbau - gleiche Chancen für alle

Subventionen belasten nicht nur den öffentlichen Haushalt und damit den Steuerzahler. Insgesamt bringen sie auch keine Vorteile für den Wirtschaftsstandort Bayern. Subventionen müssen durch die Unternehmen, die Arbeitnehmer und die Verbraucher selbst finanziert werden: Über höhere Steuern und Abgaben.

Im Einzelfall mag die gezielte finanzielle Förderung der Strukturverbesserung bestimmter Regionen und Branchen sinnvoll sein. Dabei kann es sich aber nur um zeitlich befristete Anschubfinanzierungen handeln.

Dauersubventionen verzerren den Wettbewerb und lähmen die Eigenverantwortung der Unternehmen.

Was kann Bayern eigentlich tun?

Die Länder tragen mit 83,8 Mrd. DM jährlich die höchste direkte Subventionslast. Hier kann und muß Bayern kürzen!

Die F.D.P. fordert:

- einen schonungslosen Subventionsbericht, der den gesamten Förderdschungel von Staat, Landesbank und Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LFA) offenlegt;
- alle Subventionen spätestens nach 2 Jahren zu überprüfen und generell auf eine Dauer von maximal 5 Jahre zu beschränken;
- alle Subventionen pauschal um 10 % pro Jahr zu kürzen;
- neue Fördermaßnahmen nur noch in innovative Bereiche zu gewähren, wo sie neue Arbeitsplätze schaffen.

Nach Vorlage des Subventionsberichts sind die Förderprogramme aufeinander abzustimmen und in ihrer Zahl deutlich zu begrenzen. Dann kann sich der Investor einen Überblick über Fördermöglichkeiten ohne fremde Hilfe selbst verschaffen, und die Subventionsbürokratie in Bayern kann verringert werden.

Freier Handel

Die F.D.P. schützt die grundgesetzlich garantierte Berufs- und Gewerbefreiheit. Die Vertriebswege der Industrie sind keine Sache der Politik. Factory Outlet Center unterliegen als großflächige Einzelhandelsunternehmen den Vorschriften des geltenden Raumordnungs- und Planungsrechtes. Aufgrund dieses Instrumentariums sind die zuständigen Länder und Gemeinden in der Lage, unter Berücksichtigung insbesondere der Belange der Stadtentwicklung und sachgerechte Entscheidungen des Umweltschutzes über Ansiedlungsvorhaben zu treffen.

Stichwort: Privatisierung und Deregulierung

Privatisierung:

- Verringerung der politischen Einflußnahme auf Unternehmen
- Abbau spezieller Anforderungen an Unternehmen, die der Staat als Miteigentümer durchzusetzen versucht

kann erfolgen durch:

- Verringerung des Produktivvermögens des Staates durch Verkauf von Unternehmen an private Eigentümer
- Verwendung privater Rechtsformen um den haushaltsrechtlichen Zwängen (wie bspw. der kameralistischen Buchführung) zu entkommen (nur Scheinprivatisierung, da Eigentum in öffentlicher Hand bleibt und damit der Einfluß der Politik weiterhin gegeben ist.)

Deregulierung

- führt den Kontrollmechanismus des Wettbewerbs ein und
- Spezialvorschriften wie Preis-, Mengen-, Marktzugangsbeschränkungen werden verringert.

Kann erfolgen durch:

- Verringerung der Einschränkung unternehmerischer Verhaltensspielräume (Regulierungssintensität sinkt)
- Verringerung der Zahl der Wirtschaftsbereiche, die Spezialvorschriften unterliegen (Regulierungsumfang sinkt).
- Öffnung des Zugangs zu regulierten Märkten.

Was bezwecken Privatisierung und Deregulierung?

- Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz
- Verminderung der internen Ineffizienz öffentlicher Unternehmen durch höhere Qualität und Kostendisziplin.
- Verminderung der externen Ineffizienz eines durch monopolistische Staatsunternehmen verzerrten Wettbewerbs.

(Quelle: Ewers, Hans-Jürgen: Privatisierung und Deregulierung bei den Eisenbahnen, in: Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Tübingen 1994, S. 178-208.)

Privatisierung nützt allen

Die Vielzahl staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf und erst recht die in Bayern umfangreiche Betätigung des Staates im Wirtschaftsleben führen

- für den Steuerzahler zu höheren Steuern und Abgaben,
- für den Verbraucher und Nutzer von Dienstleistungen öffentlicher Unternehmen zu schlechter Qualität,
- für die Arbeitnehmer zu mangelnder Flexibilität und wenig leistungsgerechter Bezahlung und
- für die mittelständischen Unternehmen zu z.T. existenzbedrohenden Wettbewerbsverzerrungen!

Der ausufernde Staat, der in alle Bereiche eingreift, ist eine wesentliche Ursache für die aktuelle Finanzkrise.

Privatisierungen öffentlicher Unternehmen und Leistungen sind die marktwirtschaftliche Interpretation des Subsidiaritätsprinzips.

Die F.D.P. fordert "weniger Staat und mehr Privat" und will damit

- Arbeitsplätze langfristig sichern. Gerade in Zeiten stärkeren Wettbewerbs erhalten und schaffen Unternehmen Arbeitsplätze nur, wenn sie im weltweiten Wettbewerb bestehen können
- die Qualität der Dienstleistungen zu Gunsten der Bürger verbessern
- den staatlichen Anteil verringern, um Schulden abzubauen und Steuern und Abgaben zu senken und
- gerade auch mittelständische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb staatlicher Unternehmen schützen.

Die F.D.P. fordert daher den sofortigen Rückzug des Staates aus Industrie, Handel und Dienstleistung durch Verkauf von Beteiligungen, beispielsweise:

- VIAG AG (25,19 %)
- Bayerische Landesbank (50 %) und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG (über Landesstiftung)
- Flughäfen München und Nürnberg.

Darüberhinaus muß eine Privatisierungsoffensive auf kommunaler Ebene eingeleitet werden, um Stadtwerke, Krankenhäuser, Sparkassen und andere Betriebe effizienter zu machen.

Gerade bei öffentlichen Banken, Sparkassen und Versicherungen ergeben sich Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Unternehmen und ihren Arbeitnehmern.

Öffentliche Krankenhäuser führen zu höheren Kosten zu Lasten der Haushalte (Steuerzahler) und zu höheren Sozialabgaben der Betriebe und der Arbeitnehmer.

Private Stadtwerke statt öffentlicher Unternehmen der Versorgungsbürokratie werden für Effizienz und niedrigere Strom-, Wasser- und Gaspreise sorgen, was den privaten Haushalten, dem Mittelstand, Gewerbe, Handel und der Landwirtschaft zugutekommt. Die von der F.D.P. durchgesetzte Energierechtsnovelle bietet die Chance dafür.

Libérale Wirtschaftspolitik unterscheidet sich grundlegend gegenüber dem bayerischen Staatskapitalismus der CSU: Mit dem Verkauf der Bayerischen Versicherungskammer an die öffentlichen Sparkassen hat die CSU nur eine Scheinprivatisierung vollzogen.

Stichwort:

**Verschlingung der
Bürokratie durch
Privatisierung**

1995 waren in Deutschland rund 16% aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst (ohne öffentliche Unternehmen) tätig. In den USA waren es rd. 15% in den Niederlanden gar nur 12%.

→ Deutschland hinkt bei der Reform der öffentlichen Verwaltung hinterher! Die Staatsquote und die Steuerlast werden durch die Lohnkosten im öffentlichen Dienst kontinuierlich in die Höhe getrieben: Eine weitere Last für die Konjunktur. Auch durch die ständig steigenden Pensionslasten werden die Haushalte zusätzlich belastet. Um den Personalkostenanteil konstant zu halten, müßten in den nächsten Jahren 30% der öffentlichen Stellen gestrichen werden!

Bsp.: Landeszentralbanken und Sparkassen

Der Marktanteil der öffentlichen Sparkassen am Bankgeschäft in Deutschland beträgt 40%. Hier konkurrieren staatliche Unternehmen in einem an sich funktionierenden Sektor in sonst unbekannt hohem Ausmaß mit privaten Unternehmen.

Der Nachteil: Durch die personelle und sachliche Verflechtung von Politik und Bankgeschäft im Bereich der öffentlichen Banken (=Sparkassen) kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen. Die öffentlich rechtlichen Sparkassen verbessern ihre Kreditwürdigkeit durch eine -kostenlose- Gewährträgerhaftung der jeweiligen Kommunen bzw. kommunalen Zweckverbände (Anstaltslast). So können sie sich am Kapitalmarkt günstiger als Privatbanken refinanzieren. Zusätzlich haben Landesbanken Zugang zu Vermögenswerten, die durch Steuern finanziert wurden. (vgl. Übernahme der staatlichen Wohnungsbauförderungsanstalt in Nordrhein-Westfalen durch die WestLB).

Die Amigo-Wirtschaft im Freistaat besteht fort und greift weiterhin vielfältig und unkontrolliert in das Wirtschaftsgeschehen ein: gestaltet Bankstrukturen, bekämpft die mittelständische Molkereiwirtschaft durch den staatlich finanzierten Neubau der staatlichen Molkerei Weihenstephan, rettet einzelne Unternehmen mit Hilfe der staatlichen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung vor dem Untergang und läßt andere dafür in Konkurs gehen.

Beispiel: Staatliches Hofbräuhaus und staatliche Molkerei Weihenstephan

Der bayrische Staat betätigt sich als Bierbrauer und Milchverarbeiter in einem ausschließlich mittelständisch geprägten Markt. Durch die Finanzkraft des Staates konnte sich die Molkerei kürzlich einen komplett neuen Produktionsstandort mit modernsten Anlagen leisten. Hierdurch vermag sie privatwirtschaftliche mittelständische Unternehmen in einem ruinösen Wettbewerb zu verdrängen.

Die F.D.P. sieht in der Privatisierung nicht nur ein wirtschaftliches Ordnungsprinzip, sondern auch ein Mittel politischer Kultur in einer Demokratie.

Die F.D.P. schlägt folgenden Privatisierungs-Stufenplan vor:

1. Überprüfung von Aufgaben des Staates mit dem Ziel der Verschlingung der Bürokratie.
2. Zunächst unechte (formale) Privatisierung durch Rechtsformwechsel von Eigenbetrieben und Zweckverbänden in GmbH oder AG.
3. Echte Privatisierung z.T. über einen Zwischenschritt der "Public Private-Partnerships" oder bis hin zu privatfinanzierten öffentlichen Investitionen.
4. Verkauf/Börsengang ganzer Unternehmen.

Bsp: Großbritannien

Drei Viertel aller Regierungsbeamten arbeitet in marktnahen Regierungsagenturen mit eigenem Budget, für das sie selbst verantwortlich sind. Sie erhalten marktgerechte Gehälter und Erfolgsprämien. Alle 5 Jahre wird jedes Amt überprüft, ob es nicht besser **privatisiert** werden kann. RESULTAT: Geringere Kosten, weniger Personal, mehr Leistung. Der Anteil der Beschäftigten am öffentlichen Dienst ging seit Mitte der achtziger Jahre um mehr als sieben Prozentpunkte zurück.

Ein weiteres Ansteigen der Staatsquote in Deutschland ist volkswirtschaftlich nicht verkraftbar. Die Privatisierung kann im Bereich der Behörden zu einer Rückführung der Staatsquote beitragen.

Fakten zum Thema Mittelstand:

- **Bedeutung:**
In unserer Volkswirtschaft stehen 3,1 Millionen mittelständischen Unternehmen nur ca. 8.400 Großbetriebe gegenüber.
- **Arbeitsplätze:**
Der Mittelstand beschäftigt 67,9% aller Arbeitnehmer in Deutschland
- **Investitionen:**
Der Mittelstand tätigt 44,4% aller Bruttoinvestitionen in Deutschland
- **Innovation:**
26,9% aller Patentanmeldungen gehen auf das Konto des Mittelstandes
- **Exportwirtschaft:**
25% der Exporte erfolgen durch den Mittelstand
- **Ausbildung:**
80% aller Lehrlinge werden vom Mittelstand ausgebildet.

Mittelstand - die Stütze der Wirtschaft stärken

Ein funktionierender Wettbewerb erfordert mehrere Anbieter und Nachfrager. Wenn statt einer Vielzahl von Unternehmen nur noch wenige existieren, ist die Marktwirtschaft stark gefährdet. Mittelständische Unternehmen stützen aufgrund ihrer Vielzahl auf ganz besondere Weise die soziale Marktwirtschaft, die in ihrer Effizienz von keiner anderen Wirtschaftsform übertroffen wird.

Während Großunternehmen in den vergangenen Jahren kaum zu einer Mehrung von Arbeitsplätzen beitrugen, konnte der Mittelstand zusätzlich Arbeitsplätze schaffen.

Eine der zentralen Aufgaben der F.D.P. ist daher die Stärkung einer leistungsfähigen, mittelständischen Wirtschaft in Bayern. Dabei läßt sie sich leiten von den Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen, der Vermeidung staatlicher Eingriffe in die Ökonomie und der unbedingten Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu reformieren.

Der Mittelstand leistet einen - gespiegelt an seinem Anteil am erwirtschafteten Bruttosozialprodukt - überproportionalen Beitrag zum Steueraufkommen sowie zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, wird aber durch den Konzentrationsprozeß in vielen Wirtschaftszweigen behindert. Hinzu kommen:

- Schlechterstellung gegenüber Großunternehmen bei der Besteuerung
- Begrenzter Zugang zum Kapitalmarkt
- Unterentwickelter Risikokapitalmarkt
- Hohe Regelungs- und Vorschriftendichte

Um diesen Konzentrationsprozeß - beispielsweise im Einzelhandel oder im Gastgewerbe - zu stoppen und um Unternehmungsgründungen zu fördern, fordert die F.D.P. Bayern

- den Ersatz der Gewerbeertragssteuer durch eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer und die Einführung eines Hebesatzrechtes (anstelle des derzeitigen festen Prozentsatzes) für ihren Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer,
- die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, insbesondere bei Unternehmensgründungen und in der Wachstumsphase von Unternehmen,
- die Förderung der Bereitstellung privaten Eigenkapitals (Wagniskapital),
- sowie die Beschränkung der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung auf Mittelstandsförderung, insbesondere Existenzgründungen.

Das meint die Fachpresse:

„Zu hohe Steuern, zuviel Bürokratie - das gefährdet den Mittelstand mehr als die Konkurrenz der Konzerne. Die verfügen über Stabsabteilungen, die den bürokratischen Wildwuchs durchforsten können. Und die Steuerlast können große Unternehmen durch diverse interne Verrechnungstricks mit ihren Auslandstöchtern verringern.

Die Folge: Große Unternehmen haben häufig eine Steuerquote von weniger als 30 Prozent, während sie bei Mittelständlern wesentlich höher liegt. Hinzu kommt: Die Industrie-Jumbos kassieren deutlich mehr Subventionen als die Kleinen; im Gegensatz zum zersplitterten Mittelstand hilft ihnen eine schlagkräftige Lobby.“

Quelle: managermagazin, Juni 1997, S. 178.

„Ob der Mittelstand weiterhin die Jobmaschine spielt, ist zweifelhaft [...] Inzwischen ist es für viele Mittelständler lohnender, ihr Unternehmen zu verkaufen und das Geld in Wertpapieren anzulegen. [...] Die hohen Steuerlasten, zu viel Bürokratie und das gesellschaftliche Neidklima schrecken Erben und potentielle Einstieger ab.

Quelle: Wirtschaftswoche 7/98, S. 17.

Industriestandort Bayern

Der Erhalt industrieller Arbeitsplätze hat positive Auswirkungen auch auf den Dienstleistungsstandort Bayern.

Produktions- und Logistikbetriebe sind häufig unbeliebt bei Kommunen und Bürgerinitiativen, stoßen auf wenig Verständnis bei notwendigen Erweiterungen und werden durch lange Genehmigungsverfahren behindert.

Die F.D.P. fordert:

- Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren z.B. durch Zusammenfassung von Aufgaben bei Projektmanagern innerhalb der Verwaltung. Wenn über Errichtungsgenehmigungen für industrielle Produktionsanlagen nicht innerhalb von 3 Monaten oder über Betriebsgenehmigungen nicht innerhalb von 6 Monaten entschieden worden ist, gelten diese als erteilt.
- Die Ausweisung von ausreichenden attraktiven Gewerbe- und Industriegebieten.

Fremdenverkehr - gemeinsam sind wir stärker

Grundlegende Voraussetzung für die Attraktivität des Fremdenverkehrs in Bayern ist der Erhalt der Natur, also die Reinheit der Landschaft, der Gewässer und der Luft. Darüberhinaus muß ein interessantes und abwechslungsreiches Freizeitangebot vorhanden sein. Da Bayern im Wettbewerb zu anderen Ferienregionen steht, muß auch das Preis-Leistungsverhältnis stimmen.

Die F.D.P. fordert:

- Die Fremdenverkehrsorte vom Ortsdurchgangsverkehr durch Umgehungsstraßen zu entlasten;
- Verstärkte gemeinsame Marketingbemühungen von Gemeinden und Abstimmung von Freizeitangeboten in der Region;
- Einkaufs- und Marketingkooperation des mittelständischen Gast- und Hotelgewerbes, um im Preiswettbewerb bestehen zu können.

Wenn schon die GRÜNEN fordern „nur noch alle 5 Jahre nach Mallorca“, dann sagen wir: „Die anderen 4 Jahre alle nach Bayern!“

**Die Wahlaussagen
der bayerischen F.D.P.**

Arbeitspolitik

Mehr Netto für alle!

In Rahmen einer **umfassenden Steuerreform** fordert die F.D.P. einen Stufen-tarif mit 3 Stufen:

Zu ver- steuerndes Einkommen	Steuer- satz
bis 13.000 DM	0
bis 20.000 DM	15%
bis 60.000 DM	25 %
über 60.000 DM	35 %

Bei zusammenveran-lagten Ehepaaren verdoppeln sich die vorgenannten Einkommensgrenzen:

Rechenbeispiel:

Zu versteuerndes Gesamteinkommen des Ehepaars 80.000 DM:

bis 26.000 DM	0%	0 DM
26.000 bis 40.000 DM	15%	2.100 DM
40.000 bis 80.000 DM	25%	10.000 DM
Summe		12.100 DM
Alter Tarif		15.810 DM

Im Gegenzug zur Senkung des Steuertarifes werden steuerliche Ausnahmerege-lungen und Steuerver-günstigungen weit-gehend abgeschafft. Im Saldo muß aber eine **Nettoentlastung von mindestens 30 Mrd. DM** verbleiben.

Arbeit Arbeit Arbeit

Bezahlte Arbeit gibt vielen Menschen Sinn in ihrem Leben. Mangelnde Flexibilität der Tarifvertragsparteien und Handlungsunfähigkeit des Staates schwächen die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und hindern dadurch viele Menschen in unserem Land, ihre Arbeitskraft produktiv einzusetzen, obwohl sie dies wollen.

Vordringliche Aufgabe der Politik ist es deswegen, durch geeignete Rahmenbedingungen den Unternehmen die Möglichkeit wiederzugeben, produktive Arbeitsplätze zu schaffen. Staatliche Konjunkturprogramme schaffen dagegen nur kurzfristig Arbeitsplätze. Letztlich vernichten sie durch die gestiegene Verschuldung aber dauerhaft Arbeitsplätze und verhindern den nötigen Strukturwandel.

Die Regelungswut des Staates führt zur Bevormundung durch den Staat und zum Export von Arbeitsplätzen. Es ist unsere Aufgabe, Bedingungen herbeizuführen, die möglichst vielen Menschen Arbeitsmöglichkeiten eröffnen. Diese werden auch zukünftig überwiegend in der freien Wirtschaft entstehen.

Die Kernforderungen der F.D.P.

1. Steuern und Abgaben runter
2. Weniger Vorschriften und mehr Deregulierung
3. Flexibilisierung von Löhnen und Arbeitszeiten
4. Existenzgründer fördern und Investivlohn unterstützen
5. Zukunftsträchtige Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
6. Eine Kultur der Innovation entwickeln.

Steuern und Abgaben runter

Die Steuerbelastung der Arbeitseinkommen und der Einkünfte aus Gewerbetätigkeit muß deutlich gesenkt werden, damit Leistung sich lohnt und in Deutschland mehr investiert wird. Auch die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden. Dazu sind die Sozialversicherungssysteme auf Einsparmöglichkeiten zu untersuchen. Versicherungsfremde Leistungen sind bei allen Sozialversicherungen aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren.

Arbeitslosenversicherung entlasten

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müssen auf ein niedrigeres Niveau zurückgeführt und stabilisiert werden. Dies entlastet die Unternehmer bei den Lohnnebenkosten und die Arbeitnehmer bei ihren Sozialabgaben. Dazu muß die Arbeitsmarktpolitik (u.a. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen und Fortbildungen), die in bestimmten Bereichen sinnvoll ist, aus Steuermitteln statt Beiträgen finanziert werden. Der Schwerpunkt soll dabei auf die Mittel gelegt werden, die eine unmittelbare Wirkung auf den ersten Arbeitsmarkt haben. Dies sind z.B. Eingliederungsbeihilfen zum Ausgleich verschiedener Merkmale der Schwervermittelbarkeit und flankierende Überbrückungshilfen für Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen.

Weniger Vorschriften

Daneben müssen staatliche Vorschriften, z.B. im Rahmen der Gewerbeaufsicht, die die Arbeitsplatzkosten erhöhen, auf ihre absolute Notwendigkeit reduziert werden. Alle Arten von sogenannten Schutzgesetzen für bestimmte Bevölkerungsgruppen müssen auf ihre tatsächliche Wirkung hin untersucht und, wenn sie im Endeffekt die Beschäftigungschancen der zu Schützenden vermindern, abgeschafft werden.

Besonders beunruhigend ist die Arbeitslosigkeit junger Menschen. Sie nimmt den heranwachsenden Generationen Zukunftschancen und gefährdet den Technologiestandort Bayern. Wir warnen aber vor einem Aktionismus, der

Moderne Schulen,
denn: von nix
kommt nix

Jugendliche in eine falsche Ausbildung drängt. Vorrang muß die Schaffung zukunftssträchtiger Ausbildungs- und Arbeitsplätze haben. Die Lehrinhalte und Prüfungsordnungen an den Schulen, insbesondere aber in der beruflichen Bildung, müssen stärker an den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt ausgerichtet sein. Wir brauchen schon in der Schule eine Kultur der Teamarbeit und des gemeinsamen Erarbeitens von Innovationen anstelle von Auswendiglernen und Formularausfüllen!

Deregulierung statt
neue Abgaben

Wir setzen uns für Deregulierung und mehr Flexibilität ein. Deswegen erteilen wir einer Ausbildungsabgabe eine klare Absage. Sie wird keine neuen Ausbildungsplätze schaffen, sondern nur die Kosten aller Unternehmen erhöhen. Die duale Ausbildung in Betrieben und Berufsschule muß vermehrt an den Bedürfnissen der Betriebe orientiert sein. Die Berufschulzeiten sind zu bündeln, um die Ausfallzeit für die Betriebe zu verringern.

Existenzgründer
effektiver fördern

Die bereits bestehenden Förderprogramme für Existenzgründer müssen zusammengefaßt und vereinfacht werden. Gerade wer einen Betrieb neu gründen und Arbeitsplätze schaffen möchte, soll schnell gefördert und darf nicht wieder mit einer übermächtigen Bürokratie konfrontiert werden.

Bürgergeld-Modell

Arbeits- und Sozialeinkommen müssen so miteinander verbunden werden, daß eine Arbeitsaufnahme in jeder Lebenssituation Vorteile bringt. Dieses Bürgergeld-Modell wird dazu führen, daß auch niedriger qualifizierte Arbeit angeboten werden kann und Arbeitsplätze nicht wegrationalisiert oder in das Ausland verlagert werden.

Tarifpartner ver-
spielen ihre Verant-
wortung

Große Verantwortung gegenüber den Arbeitslosen tragen aber noch vor dem Staat die Tarifpartner. So hat der Gesetzgeber z.B. bei der Lohnfortzahlung auf unsere Initiative hin einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Arbeitskosten zu senken. Unternehmervverbände und Gewerkschaften haben diese Chance zu Lasten der Arbeitssuchenden verspielt.

Flexiblere
Tarifverträge

Wir halten ein flexibleres Tarifvertragsrecht für überfällig. Tarifverträge sollen nur noch den Rahmen vorgeben, der in den Betrieben vor Ort konkretisiert wird.

Flexible Löhne

Dies bedeutet für uns unter anderem eine Flexibilisierung des Einkommens nach Regionen und Branchen und den Ausbau leistungs- und ertragsabhängiger Einkommensbestandteile. Dies kann auch in Form der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen erfolgen. Dadurch kann die Bindung an das Unternehmen und die Arbeitsmotivation gefördert und gleichzeitig die Alterssicherung der Arbeitnehmer verbessert werden.

Beteiligung der Mit-
arbeiter am Unter-
nehmen

Aber auch die Arbeitszeit muß weiter flexibilisiert werden. Dadurch lassen sich die individuellen Wünsche der Arbeitnehmer besser berücksichtigen. Teilzeitarbeit darf in keiner Weise diskriminiert werden. Sie stellt eine unverzichtbare Ergänzung zur Vollerwerbsarbeit dar. Die Tarifpartner sollen neue Arbeitszeitmodelle (Wochen-, Jahres-, Lebensarbeitszeit) und neue Arbeitsformen (z.B. Telearbeit) ermöglichen. Ältere Arbeitnehmer können durch eine unbürokratische Kombination von Teilzeitarbeit und Teilrente einen gleitenden Übergang in den Ruhestand wählen. Auf Drängen der F.D.P. hat der Bundesgesetzgeber hierzu seine Vorreiterrolle erfüllt.

Flexibilisierung der
Arbeitszeit

Kultur der Innovation

Wir brauchen eine Kultur der Innovation! Forschung und Wissenschaft sind wichtige Triebkräfte des Fortschritts. Nutzen wir die Ressourcen an den Universitäten, Forschungsorganisationen, aber auch privater Einrichtungen. Vereinfachen wir die Vergabeverfahren von Fördermitteln, binden wir Klein- und Mittelbetriebe besser ein und vertiefen wir die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft. Nehmen wir die Herausforderungen an - mutig, aber nicht kopflos.

Gesundheits-
politik

Aufklärung beson-
ders von Jugend-
lichen

Die Dreier-Regel in
der Drogenpolitik:
1. Vorbeugen
2. Heilen
3. Bestrafen
und nicht umge-
kehrt!

Das „Rückgrat“:
freie Ärzte

Marktwirtschaft

Medizinischer
Fortschritt für alle

Solidarität darf nicht
für Verschwendung
mißbraucht werden

F.D.P. - Ihrer Gesundheit zuliebe

1. Eigenverantwortung

Seine Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen ist vorrangiges Lebensinteresse eines jeden Menschen. Aufgabe öffentlicher Gesundheitspolitik ist es, ihn dabei bestmöglich zu unterstützen.

Vorsorge und Aufklärung

Libérale Gesundheitspolitik setzt auf Krankheitsvermeidung durch medizinische Vorsorge, durch Aufklärung über Gesundheitsrisiken und vor allem durch aktive sportliche Betätigung.

Die Präventionsmedizin muß als Grundvoraussetzung einer dauerhaften Kostenentlastung der Krankenversicherung nachdrücklich gestärkt werden. Prävention umfasst aber auch den Schutz vor Suchtabhängigkeit durch Alkohol, Nikotin und Medikamentenmißbrauch.

In der **Drogenpolitik** gilt: „Vorbeugen ist besser als heilen und heilen ist besser als bestrafen“. Die strafrechtliche Verfolgung treibt Drogenkonsumenten erst recht in die Verelendung. Neben Prävention, Therapie und Strafe muß deshalb die Drogenpolitik um konkrete Maßnahmen zur Überlebenshilfe erweitert werden. Eine liberale Politik darf die staatliche Hilfe gerade den suchtkranken Menschen nicht versagen, die mit Entzugsprogrammen noch nicht erreichbar sind. Dazu gehört die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, um eine sichere rechtliche Grundlage für die sog. Gesundheitsräume zu schaffen. Sie können der Verwahrlosung, der Gesundheitsgefährdung und der Kriminalitätsbelastung wirkungsvoll begegnen. Dazu gehört die Einführung des Schweizer Modellprojektes, d. h. die ärztlich kontrollierte Anwendung von Heroin bei Schwerstabhängigen mit wissenschaftlicher und psychologischer Betreuung. Die psychosozialen Betreuungsangebote der bestehenden Substitutionsprogramme müssen intensiviert werden. Konsumenten weicher Drogen müssen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entkriminalisiert werden. Wir fordern, daß der Besitz einer geringen Menge von bis zu 10 Gramm weicher Drogen zum Eigenverbrauch von Strafverfolgung frei bleibt. Eine Legalisierung sog. Designerdrogen lehnt die F.D.P. jedoch ab.

2. Leistungsfähiges Gesundheitssystem

Ziele liberaler Gesundheitspolitik sind der Erhalt und die Verbesserung eines hochleistungsfähigen Gesundheitssystems.

Bewährtes Rückgrat der medizinischen Versorgung der Bevölkerung sind die freiberuflich tätigen Ärzte und Therapeuten. Finanzierungsproblemen im Gesundheitssystem ist nicht durch planwirtschaftliche und staatliche Eingriffe, sondern mit marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen zu begegnen.

Die Verbesserung der medizinischen Versorgung für alle muß ständiges Ziel sein. Eine Ausgrenzung bestimmter Gruppen, z.B. Menschen im hohen Alter, ist nicht akzeptabel. Gerade der geriatrischen Medizin kommt in Zukunft eine besondere Bedeutung zu.

Zur Finanzierung schicksalhaft entstehender und existenzbedrohender Krankheitskosten hat sich die solidarische Krankenversicherung bewährt. Die gesetzliche Krankenversicherung muß jedoch vor Verschwendung und Mißbrauch geschützt werden. Wirtschaftliche Anreize zur kostenbewußten Inanspruchnahme, wie Beitragsrückerstattung, Selbstbeteiligung, Kostenerstattung und versicherungstarifliche Wahlfreiheiten stellen dies sicher.

Solidarität im eigentlichen Sinn fängt für Liberale dort an, wo der Einzelne eine Last nicht mehr selbst tragen kann. Deshalb wurde für Härtefälle eine Zuzahlungsbefreiung, bzw. eine Begrenzung auf max. 2 % des Erwerbseinkommens gesetzlich festgelegt.

Unterstützung der
wirtschaftlich und
sozial Schwachen

Monistische
Finanzierung

Die wirtschaftlichste Betriebsform von Krankenhäusern ist die privatwirtschaftliche. Die Liberalen wollen daher bei den defizitären kommunalen Krankenhäusern konsequent privatwirtschaftliche Betreibermodelle einführen.

Die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser sollte aus Gründen der Kostentransparenz künftig nur noch über Pflegeentgelte und Behandlungshonorare erfolgen.

Umweltmedizin

An den Universitäten ist unter Beteiligung der Fachbereiche Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Chemie und Agrarwissenschaften ein interdisziplinärer Forschungsbereich "Umweltmedezin" einzurichten.

Wohnungspolitik

Mangel vorbeugen

Weniger Verordnungen - mehr Wohnungen

Die Wohnungsversorgung hat sich in Bayern entspannt. Der Markt hat funktioniert. Trotzdem ist Wohnungsbau zur Vermeidung von Wohnungsmangel in der Zukunft weiter notwendig.

Wohnungsbau
braucht eine
langfristige Politik

Die Liberalen wollen eine verlässliche Wohnungspolitik, die für alle Beteiligten eine sichere Entscheidungsgrundlage bietet und Marktkräfte zur Geltung kommen läßt.

Bauwillige unterstützen statt gängeln

Deshalb will die F.D.P.

daß die Baugenehmigungsbehörden Bauwillige ermutigen und ihnen helfen, anstatt Neubauten zu verhindern;

Die eigene Wohnung ist die beste Sozialpolitik

daß Wohnungseigentum in Zukunft Vorrang hat, indem die Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums weiter im Mittelpunkt steht und hierzu kinderreichen Familien der Erwerb von Eigentum durch Ausfallbürgschaften des Staates erleichtert wird;

Eigentum schafft Freiheit!

F.D.P. Modell
„Soziales Wohnen“

daß für Personen, die selbst nur schwer Wohnungen anmieten können, die Kommunen Wohnungen als Hauptmieter anmieten und an diese dann untervermieten;

daß von den Kommunen genügend Bauland ausgewiesen wird; insbesondere, wo Gewerbeflächen geplant werden;

daß Kommunen in die öffentliche Planung verstärkt private Architekturbüros und Ingenieure einbinden;

daß verstärkte Bemühungen auf die Modernisierung der Altbausubstanz gerichtet werden;

Nachverdichtung ist
preiswert und ökologisch

daß an Haltepunkten von öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt eine bauliche Nachverdichtung zulassen wird;

Weniger Verordnungen helfen allen

daß der Widerstand der bayerischen Staatsregierung gegen eine Flexibilisierung des Mietrechts beendet wird, da staatliche Überreglementierung auch in diesem Bereich weder den Vermietern noch den Mietern nützt.

Menschen fördern
statt Objektförderung

F.D.P. Modell „Soziales Wohnen“

Heute werden hochsubventionierte Wohnungen massenhaft fehlbelegt. Das ist ein Skandal! Deshalb: Menschen helfen statt Wohnungen subventionieren.

Kindheit und Jugend

Unserer Kinder brauchen eine kinderfreundliche Gesellschaft

Eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft ist Grundlage für die Entwicklung unserer Kinder. Aufgabe der Politik ist es, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Schluß mit Gewalt gegen Kinder!

In unserer Gesellschaft muß erreicht werden, daß psychische und körperliche Gewalt gegen Kinder, genauso wie sexueller Mißbrauch, verhindert bzw. als kriminelle Delikte verfolgt und geahndet werden. Das Gewaltpotential unter Jugendlichen und Kindern muß durch geeignete Sport- und Freizeitangebote und ein verantwortungsvolleres Verhalten der Medien abgebaut werden.

Gewalt und Kriminalität von Jugendlichen sind in erster Linie von den Ursachen her zu bekämpfen. Neben der differenzierten Anwendung des Jugendstrafrechts muß besonders die Jugendarbeitslosigkeit abgebaut werden.

Flexible
Betreuungsangebote

Die F.D.P. will

- ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten durch Tagesmütter und Tagesväter, in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten,
- Kindergärten und Kindertageseinrichtungen als Elementarstufe des Bildungssystems erhalten und durch die Neuordnung der Erzieherinnenausbildung und -besoldung der Bedeutung dieses Berufes Rechnung tragen,
- Kindergarten-Öffnungszeiten, die den Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht werden,
- mobile Kleinkindbetreuung durch einen "Babybus" für mehrere Gemeinden oder Stadtteile,
- Integration behinderter Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen mit der dazugehörenden Fachberatung,
- bessere Integration ausländischer Kinder
- die Nutzung von schulischen Anlagen und Kindergärten für Freizeitaktivitäten,
- Schaffung von Jugendbeiräten als Interessenvertretung der Jugendlichen in den Gemeinden,
- verschärfte Kinder- und Jugendschutzbestimmungen gegen die Darstellung von krimineller Gewalt und harter Pornographie in den elektronischen Medien.

Integration von Menschen

Freiheiten, aber kein Freiraum

Unsere Jugendlichen haben heute mehr Freiheiten als früher, dennoch wird ihr Lebensraum, besonders in den Großstädten, immer enger und häufig genug durch unnötige Vorschriften zusätzlich begrenzt. Wir wünschen uns mehr Toleranz und Verständnis gegenüber Jugendlichen und Leitbilder, die der Jugend Perspektiven für ihre Zukunft geben.

Schutz des ungeborenen Lebens

Ungeborenes Leben kann am besten dadurch geschützt werden, daß man geborenes Leben achtet und den Müttern die notwendigen Hilfen gibt.

Frauen helfen statt schikanieren

Der bayerische Sonderweg beim § 218 steht im Widerspruch zum Bundesrecht, stellt für Frauen in einer Notsituation eine zusätzliche Schikane dar, beschränkt in unzulässiger Weise die Freiheit der Berufsausübung von Ärzten und schafft ein Klima des Mißtrauens.

Weg mit dem bayerischen Sonderweg !

Der von Vielen behauptete Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche ist nicht eingetreten, die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche blieb konstant.

- Gleiche Rechte
- Gleiche Chancen
- Gleiche Pflichten

für Männer und Frauen!

Tradierte Rollen überwinden

Flexibilisierung im Berufsleben ...

... hilft in den unterschiedlichen Lebenssituationen

Die äußeren Formen müssen sich nach den Menschen richten - nicht umgekehrt!

Gleichheit im Gesetz muß auch umgesetzt werden

Die F.D.P. setzt sich für eine Politik in Bayern ein, die es Frauen und Männern ermöglicht, die Gleichberechtigung in Familie und Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen.

Für Männer und Frauen muß es möglich sein, Karriere und Familie miteinander zu verbinden. Bisher mußten Frauen in der Regel zwischen Familie oder Karriere wählen. Familienengagement darf in Zukunft nicht zur Benachteiligung im späteren Berufsleben führen.

In unserer Gesellschaft muß erreicht werden,

daß die Ausbildung für Buben und Mädchen unabhängig von traditionellen Rollenzuweisungen erfolgt, daß die gesellschaftliche Bedeutung der Kindererziehung, Haushaltsführung und Pflegeleistung durch Frau oder Mann und die dabei erworbene Kompetenz die notwendige Anerkennung finden, daß ein gleichzeitiges Engagement in Beruf und Familie für Männer und Frauen einfacher wird.

Die F.D.P. will

- Arbeitsverhältnisse mit flexiblen Wochen-, Monats- bzw. Jahresarbeitszeiten,
- Jobsharing auch für verantwortungsvolle Positionen,
- keine Benachteiligung durch kürzere Arbeitszeiten! Auch bei Teilzeit muß eine Höherqualifizierung möglich sein,
- angemessene Berücksichtigung der während der Familienarbeit erworbenen sozialen Qualifikationen und Kompetenzen bei den Einstellungs- und Beförderungsrichtlinien,
- Einrichtung von Krippen, Horten, Ganztagschulen überall dort, wo Bedarf besteht,
- mehr Ausbildungsangebote im gewerblich-technischen Bereich für Mädchen,
- mehr Flexibilität bei der Erziehungszeit, z.B. durch Einführung eines Zeitkontos, .d.h. an Stelle von 3 Jahren in Folge, Aufteilung in bestimmte Zeitabschnitte bis zum 2. Schuljahr,
- Wiedereingliederungsmaßnahmen in den Beruf müssen differenziert und auf die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern abgestimmt werden.

Familie hat Zukunft - Zwangsformen nicht

Die klassische Familie weicht immer mehr neuen Formen des Zusammenlebens. Darauf muß sich die Politik - sogar in Bayern - einstellen. Jede Familie soll selbst entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben gestalten will.

Für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften fordert die F.D.P. die Möglichkeit der "eingetragenen Partnerschaft".

Sozialpolitik

Standortnachteil

Standortvorteil

Effektivität

Eigenverantwortung

Neuregelung erforderlich

Halbes Solidarprinzip ist keines

F.D.P. Vorreiter für ein zukunftsfähiges Sozialsystem

Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit kostet Geld. Die Ausgaben sind zum größeren Teil einkommensbezogen und belasten dadurch die Wirtschaft mit Lohnnebenkosten. Damit werden Sozialausgaben zu einem Nachteil des Standortes Bayern in einer globalisierten Arbeitswelt. Soziale Sicherheit ist auch ein Standortvorteil. Sie schafft eine konfliktarme, produktive Arbeitsumgebung für unsere Unternehmen.

In diesem Spannungsfeld sind wir gefordert, die Systeme der sozialen Sicherung so zu gestalten, daß sie effektiv arbeiten und allen Bürgern ein eigenverantwortliches, menschenwürdiges Leben ermöglichen. Wir wollen die Sozialsysteme nicht abbauen, wir wollen sie so umbauen, daß alle Menschen in die Lage versetzt werden, ihre Sicherung eigenverantwortlich zu organisieren. Wir fordern deswegen mehr Freiräume für Eigenverantwortung innerhalb und außerhalb der gesetzlichen Sozialversicherungen und durchlässige Systeme der sozialen Sicherung, die Menschen aus Abhängigkeiten befreien.

Keine Besteuerung von Sozialbeiträgen!

Die Beiträge zu allen Sozialversicherungen dürfen nicht besteuert werden, müssen also das zu versteuernde Einkommen vermindern. Die aus diesen steuerfreien Beiträgen erhaltenen Rentenanteile und Lohnersatzleistungen sind bei der Auszahlung zu versteuern. Im Sinne des Vertrauensschutzes dürfen dabei Rentenansprüche, die vor dieser Umstellung erworben wurden, natürlich auch weiterhin nur mit dem Ertragsanteil besteuert werden.

Keine Regionalisierung der Sozialversicherungen!

Eine Regionalisierung der gesetzlichen Sozialversicherungen widerspricht dem Solidarprinzip und unserer Verpflichtung, in ganz Deutschland gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Zudem verursacht sie unnötigen Verwaltungsaufwand. Wir lehnen diese Regionalisierung deswegen ab.

Keine Abschaffung der 620-DM-Jobs!

Eine Sozialversicherungspflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse schafft nur mehr Verwaltungsaufwand und später sehr geringe Ansprüche. Außerdem sind die 620-DM-Jobs eines der wenigen flexiblen Elemente des deutschen Arbeitsmarktes. Die F.D.P. lehnt ihre Abschaffung deshalb ab.

Dem Bürgergeld gehört die Zukunft

Einen weiteren, großen Bereich der sozialen Sicherung decken die steuerfinanzierten Sozialleistungen ab. In der Vergangenheit wurde versucht, durch eine Vielzahl an sozialen Leistungen Gerechtigkeit zu schaffen. Dieser Versuch hat nur zu einer übermächtigen Sozialbürokratie geführt. Staatliche Leistungen kommen bei den Bedürftigen nicht immer an und bestrafen durch komplizierte Anrechnungsregeln oft die Arbeitsaufnahme. Wir wollen in diesem Bereich eine komplette Umgestaltung. Dabei werden viele Einzelleistungen zu einem Betrag, dem sog. **Bürgergeld**, zusammengefaßt. Dieses Bürgergeld wird nur teilweise mit eigenem Einkommen verrechnet und ermöglicht damit jedem Bürger in jeder Lebenssituation, sein Einkommen durch eigene Arbeit zu verbessern. Letztlich werden durch den Abbau von Bürokratie und durch dieses Anreizsystem die Aufwendungen des Staates sinken und gleichzeitig die Gerechtigkeit erhöht.

Alterssicherung

mehr
Kapitaldeckung

Vertrauensschutz

Versorgung der
Hinterbliebenen
umgestalten

Verbesserung der
Rahmen-
bedingungen

Rechnungszins
senken

Pensionskassen
fördern

Besteuerung erst bei
Auszahlung

Renten aktiv sichern statt „Augen zu“

Um einen verlässlichen Generationenvertrag zu gewährleisten brauchen wir in der zentralen Frage der Alterssicherung mehr Elemente der Kapitaldeckung. Die heutige Alterssicherung stützt sich zu einseitig auf die gesetzliche Rente im Umlageverfahren. Um den Lebensstandard im Alter abzusichern, benötigen unsere Bürger eine Ergänzung durch Betriebsrenten und eigene Vorsorge. Wir wollen eine grundsätzliche Reform der Alterssicherung, die sowohl die Lebensleistung der Älteren anerkennt und ein menschenwürdiges Leben im Alter sichert, gleichzeitig aber auch die arbeitende Generation und kommende Generationen nicht überfordert.

Die notwendigen Änderungen müssen das Vertrauen der Rentner und derjenigen schützen, die kurz vor ihrem Ruhestand stehen. Sie dürfen daher nur langfristig durchgeführt werden, müssen aber, um rechtzeitig zu wirken, möglichst bald beginnen. Diese Änderungen bei der Rentenversicherung können und dürfen nicht ohne Auswirkung auf die anderen Alterssicherungssysteme bleiben. Bei vergleichbarer Ausbildung, Tätigkeit und Beitragszahlung müssen vergleichbare Leistungen wie in der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen.

Eigenständige Alterssicherung von Frauen

Zur Stärkung der Gleichberechtigung müssen wir die eigenständige Alterssicherung von Frauen schrittweise weiter verbessern. Dazu wollen wir Kindererziehungs- und Pflegezeiten künftig besser bewerten und damit schrittweise zu einem verbesserten eigenständigen Rentenanspruch kommen. Nur wenn dies erfolgt, kann die heutige Hinterbliebenenversorgung, die ca. 20 % der Rentenbeiträge ausmacht, umgestaltet werden. Sie wird ganz oder teilweise entbehrlich, wenn Frauen aufgrund verstärkter Erwerbstätigkeit und verbesserter Anrechnung von Erziehungs- und Pflegeleistungen eine eigenständige Alterssicherung haben. Aus Gründen des Vertrauensschutzes für diejenigen Frauen, die ihre Lebensplanung jedoch auf diese abgeleiteten Hinterbliebenenrenten abgestellt haben, kann diese Reform nur schrittweise über einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren durchgeführt werden.

Betriebliche Altersvorsorge

Angesichts der Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung gewinnt für die soziale Sicherung der Arbeitnehmer im Alter die betriebliche Altersvorsorge zunehmend größere Bedeutung. Weil sie weiterhin eine freiwillige Leistung der Arbeitgeber bleibt, kommt es entscheidend auf eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen an, um die finanziellen Belastungen der Arbeitgeber zu mindern und so die Vergabebereitschaft zu erhöhen.

Deswegen wollen wir eine deutliche Senkung des Zinsfußes, den die Unternehmen für direkte Pensionszusagen ansetzen müssen. Dadurch steigt der Betrag, den die Betriebe steuerfrei für die Alterssicherung zurückstellen können und mindert so das Risiko, später unerwartete Zahlungen leisten zu müssen.

Die Zuführungen zu Pensionskassen und Direktversicherungen müssen in größerem Umfang als jetzt möglich sein und zunächst von der Besteuerung ausgenommen werden. Die Besteuerung soll erst bei der Auszahlung der Renten erfolgen. Die Gelder sollen in verstärktem Umfang auch in Aktien angelegt werden dürfen.

Private Vorsorge verbessern

Auch die ausschließlich private Altersvorsorge der Bürger muß steuerlich besser gefördert werden. Wir fordern deswegen, daß Arbeitnehmer bis zu festgelegten Höchstbeträgen Beiträge für ihre Altersvorsorge steuerfrei anlegen können. Diese Beiträge dürfen, von Notlagen abgesehen, nur beim Erreichen des Rentenalters oder bei Invalidität ausgezahlt werden. Auch sie sind erst bei der Auszahlung zu besteuern.

Innenpolitik

Entschieden gegen
Kriminalität

Nicht die Quantität
der polizeilichen
Mittel ist entschei-
dend, sondern deren
Effizienz und Effek-
tivität.

Eine starke Demo-
kratie ist der erste
Schutz

Schluß mit Filz

Innere Liberalität und Menschlichkeit - Innere Sicherheit und Bürgerrechte

Die F.D.P. ist die Partei des liberalen Rechtsstaats. Der liberale Rechtsstaat verbindet seine klare Haltung zur effektiven Verbrechensbekämpfung mit seinem Bekenntnis zu Menschlichkeit, Toleranz und Weltoffenheit. Er unterscheidet sich vom autoritären Staat durch seine innere Liberalität.

Verbrechensbekämpfung

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Der Staat hat daher die Aufgabe, seine Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu schützen. Gerade im Zeitraum von 1990 bis 1998 sind die gesetzgeberischen Maßnahmen vom Deutschen Bundestag geschaffen worden, um die Arbeit der Sicherheitsbehörden effizienter zu machen und eine erfolgreichere Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen. Daran haben insbesondere namhafte Vertreter der bayerischen F.D.P. wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in ihrer Funktion als Bundesjustizministerin sowie Cornelia Schmalz-Jacobsen und Max Stadler als Mitglieder des Innenausschusses des Deutschen Bundestages mitgewirkt.

Statt wie die CSU einen untauglichen weiteren Gesetzesaktionismus zu fordern (Beispiel: die von allen Fachleuten abgelehnten Vorschläge der CSU zur Veränderung des Jugendstrafrechts) kommt es nunmehr darauf an, die vielfältigen gesetzlichen Möglichkeiten in die Praxis umzusetzen

Die bayerische F.D.P. fordert deshalb Umsetzung und Vollzug der bestehenden Gesetze in Bayern:

- Modernisierung der technischen Ausstattung und der Verwaltungsorganisation bei Polizei und Justiz
- Praktizierung des "beschleunigten Verfahrens" - zur raschen Ahndung kleinerer und mittlerer Kriminalität
- Nutzung sozialtherapeutischer Maßnahmen bei Straftätern zur Senkung der Wiederholungsgefahr
- Entschlossene Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität, insbesondere der sozialen Ursachen bei Jugendlichen, statt unverantwortliches Schüren von Ängsten in der Bevölkerung.

Die bayerische F.D.P. besteht aber darauf, daß bei den staatlichen Eingriffen in die Freiheitsrechte der Bürger der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Vertrauensverhältnisse wie diejenigen zwischen Patient und Arzt, Mandant und Anwalt, Informant und Journalist sind daher zu Recht von staatlichen Abhörmaßnahmen ausgenommen worden.

Die Aufgaben von Polizei und Verfassungsschutz müssen strikt getrennt werden.

Die F.D.P. Bayern tritt ein für:

- Funktionsgerechte Ausgestaltung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid,
- Verbesserung der Stellung des Datenschutzbeauftragten,
- Wahl des Präsidenten des Landesrechnungshofes und des Datenschutzbeauftragten durch den bayerischen Landtag mit Zweidrittelmehrheit,
- Wahl der Richter beim Verfassungsgerichtshof durch den Landtag mit Zweidrittelmehrheit,
- Stärkung des Petitionsrechts durch verfassungsrechtliche Absicherung des Anspruchs auf Auskunft und Aktenvorlage,

Wo Kriminelle sind,
ist Korruption nicht
weit.

- Wahlverfahren nach Hare-Niemeyer für sämtliche Wahlen in Bayern, damit jede Stimme - auch die Stimme für eine kleinere Partei - den gleichen Erfolgswert hat und ungerechtfertigte Bevorzugung der größeren Parteien bei der Mandatszuteilung vermieden werden,
- Einrichtung des Amtes des oder der Ausländerbeauftragten zur Förderung des Zusammenlebens der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung nach dem Vorbild aller anderen Bundesländer (mit Ausnahme des Saarlandes).
- Die Verkleinerung der Staatsregierung durch die Zusammlegung von Ministerien.
- Nur noch einen Staatssekretär pro Ressort.
- Abbau der Ministerialbürokratie um mind. 20% in vier Jahren, wobei die Hälfte dieser Stellen in die Bereiche Schule, Justiz und Polizei verlagert werden.

Ein Schwerpunkt bei der Strafverfolgung muß auch bei der Bekämpfung der Korruption gesetzt werden.

Bei Polizei und Staatsanwaltschaft müssen für Korruptionsdelikte Sonderdezernate eingerichtet werden.

Zur besseren und schnelleren Aufdeckung von Korruption müssen innerhalb der öffentlichen Hand wirksame Kontrollmechanismen geschaffen werden, u.a. durch verstärkte Innenrevision, Einsatz mobiler Prüfgruppen, regelmäßige Umsetzung von Bediensteten (Rotation), öffentliche Ausschreibung aller Aufträge der öffentlichen Hand.

Aufgabe einer liberalen Politik ist auch das entschiedene Vorgehen gegen den Extremismus von links und rechts. Straftaten in diesem Bereich müssen mit allen gesetzlichen Mitteln geahndet werden.

Die F.D.P. verlangt, daß

- jegliche Ämterpatronage der Vergangenheit angehört und bei Beförderungen im Öffentlichen Dienst ausschließlich das Leistungsprinzip zählt,
- die Staatsregierung die Möglichkeiten des neuen Dienstrechtes (Vergabe von Führungspositionen auf Zeit) nicht dazu mißbraucht, auf kritische Beamte politischen Druck auszuüben.

Ausländer - und Asylpolitik

Schluß mit Inhumanität!

Die rigide Politik des Bayerischen Innenministers stößt im In- und Ausland auf Befremden und Entsetzen. Die Abschiebung der Eltern ausländischer Jugendstraftäter, wie von der CSU gefordert, ist verfassungsrechtlich verfehlt. Schlimme Einzelfälle, auf die mit Recht hart reagiert wird, dürfen nicht dazu benutzt werden, Ausländer generell zum Sündenbock zu machen. Damit würde nur rechtsextremistischem Gedankengut Vorschub geleistet. Statt Ausgrenzung von Ausländern brauchen wir Integration, statt Sippenhaft Hilfe.

Gegen inhumane Abschiebungspraxis

Die F.D.P. fordert die Beseitigung von humanitären Defiziten bei der Umsetzung des geltenden Ausländerrechtes. Minderjährige Kinder und nichtbegleitete Flüchtlinge aus Nicht-EU-Ländern dürfen nicht weiter wie bisher rigoros abgeschoben werden. Auch Bayern hat die Verpflichtungen der Kinderkonvention der Vereinten Nationen zu beachten und ernst zu nehmen.

Beckstein mißachtet die bayerische Verfassung

Die Väter der bayerischen Verfassung haben wohlüberlegt den Art. 105 unserer Verfassung wie folgt formuliert: "Ausländer, die unter Nichtbeachtung der in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte im Ausland verfolgt werden und nach Bayern geflüchtet sind, dürfen nicht ausgeliefert oder ausgewiesen werden."

Steuerung durch Einwanderungsgesetz

Wir brauchen dringend ein Einwanderungsgesetz, das endlich eine vernünftige Steuerung der Zuwanderung ermöglicht. Ziel ist, den Zuwanderungsdruck von über 30 Millionen Flüchtlingen in der ganzen Welt besser zu kanalisieren und zu kontrollieren. Dazu müssen unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Integration in den Arbeits- und Wohnbereich und unter Beachtung humanitärer Gesichtspunkte klare Regelungen erlassen werden.

Integration statt Ausgrenzung

Die Integration der in Bayern lebenden ausländischen Bevölkerung aus Nicht-EU-Ländern ist durch Verbesserung des Einbürgerungsrechts endlich voran zu bringen. Junge Ausländer, die in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen sind, erhalten einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, den sie bis zum 18. Lebensjahr ausüben können. Bis zu diesem Zeitpunkt wird eine doppelte Staatsbürgerschaft toleriert.

Kommunales Wahlrecht für Mitbürger aus Nicht-EU-Ländern

Die zum Teil schon sehr lange in Bayern lebenden Mitbürger aus Nicht-EU-Ländern sind sehr oft schon weitgehend in die Arbeitswelt, die sozialen Sicherungssysteme und in ihr mitmenschliches Umfeld integriert. Auf lokaler Ebene ist deshalb zur weiteren Integration dieser Mitbürger auch eine politische Mitsprache zu ermöglichen.

Die F.D.P. fordert daher das kommunale Wahlrecht auch für Mitbürger aus Nicht-EU-Ländern, die 5 Jahre und länger berechtigt in Deutschland wohnen.

Ausländerbeauftragter für Bayern

Bayern ist neben dem Saarland und Schleswig-Holstein das einzige Bundesland, ohne eigenen Ausländerbeauftragten. Allerdings ist wegen der rigiden Politik der Staatsregierung ein Ausländerbeauftragter als Anwalt der berechtigten Interessen einer humanen Ausländerpolitik gerade in Bayern am nötigsten.

Deshalb fordert die F.D.P. für Bayern einen Ausländerbeauftragten, der vom Landtag eingesetzt werden soll.

Kultur- und
Medienpolitik

**"Medienkompetenz
wird zur Schlüssel-
qualifikation." (Dt.
Städtetag)**

Bayern darf als High-
Tech-Land kulturell
nicht unter einer
folkloristischen
Käseglocke ersticken.

**"Medienpolitik ist
Kulturpolitik -
Kulturpolitik ist
Medienpolitik."
(Dt. Städtetag)**

Medien am Schnittpunkt vom Wirtschaft und Meinung

Kultur- und Medienpolitik haben heute eine neue Bedeutung gewonnen. Die revolutionären Veränderungen von Information und Kommunikation machen eine Neubewertung vieler Gewohnheiten notwendig. Arbeitsplätze hängen immer öfter auch von der Medienkompetenz in den Unternehmen ab. Gleichzeitig verändert sich das Verhalten der Menschen. Nationale und internationale Vernetzung, häufige Auslandserfahrungen, Mehrsprachigkeit, Berufs- und Ortswechsel, andere Kulturen und verschiedene Religionen, machen auch in der Politik neue Ansätze nötig.

Medienpolitik steht heute im Zentrum der politischen Entwicklung. Sie ist Schnittpunkt von Wirtschaftsmacht und Meinungsmacht.

Wirtschaft: Die Elektronikbranche (noch ohne Medienbeschäftigte) erwirtschaftet über 11% des bayerischen Bruttosozialprodukts. Mit über 230.000 Beschäftigten bringt sie ebensovielen Menschen Arbeit wie das gesamte Handwerk. Aber gleichzeitig ist sie die stärkste Wachstumsbranche. Sie hat die lange Zeit geltende Führungsrolle der Autoindustrie überholt.

Meinungsmacht: Es haben mehr Haushalte ein Fernsehgerät als ein Telefon. Durchschnittlich sitzt heute jeder Deutsche über 3 Stunden vor dem Fernseher. Sein Bild von der Wirklichkeit wird damit mehr von den Medien beeinflusst als von seiner Schulbildung oder von seiner Kirche. Sein Verhalten bei öffentlichen Angelegenheiten und Wahlen wird von den Darstellungen in den Medien mit beeinflusst.

Die äußerst rasche Entwicklung schlägt sich in schnell einander ablösenden Gesetzen nieder. Was fehlt, ist eine breite Diskussion in der Bevölkerung über die grundlegenden Fragen der Gestaltung der zukünftigen Medienlandschaft. Deshalb verstehen wir unter Kulturpolitik nicht nur die Pflege traditioneller Kulturwerte.

Keine verordnete Kultur

Wir bekämpfen die regierungsamtliche Kulturpolitik der CSU, die auf dem Verordnungsweg Kultur anschafft und abschafft (Kreuze, Rechtschreibung, Museen), die wirklich großen Veränderungen aber der Mitentscheidung des Volkes entzieht (Kirch-Kredit, Lizenzvergabe für Sender).

Kein Kulturkampf

Wir bekämpfen auch die Kulturpolitik von SPD und Grünen, weil sie statt eines einheitlichen Kulturbegriffes einseitig auf Soziokultur setzen und diese gegenüber der sog. "Hochkultur" ausspielen.

Sondern: Die Kompetenz von Menschen bilden

Kulturpolitik muß heute auf Medienkompetenz zielen und daher Erwachsenenbildung, technologischen Fortschritt, kulturelle Belange und Schulpädagogik aus einem einheitlichen Gesichtspunkt betreiben. An die Stelle der überdimensionalen Kulturgießkanne der Staatsregierung setzen wir die kulturelle Selbstbestimmung der Kommune mit entsprechender Finanzhoheit. Wir treten ein für den Erhalt und den Ausbau von Kulturinstitutionen wie z.B. Museen, Bibliotheken, Theatern, Musikschulen, Orchestern.

Bayerns Bürger haben nicht die Medien, die sie wünschen.

Beispiele: Proteste wegen Abschaltung von ORF1; wichtige Fußballspiele nur im privaten Bezahlfernsehen.

Freie Medien für freie Menschen

Freie Medien sind Voraussetzung für die geistige und wirtschaftliche Freiheit des Bürgers. Die Freiheit der Medien ist heute vielfach bedroht durch Staatseingriffe, kommerzielle Kartelle, Meinungsmonopole und mangelnde Medienkompetenz

Gefährliche Entwicklung

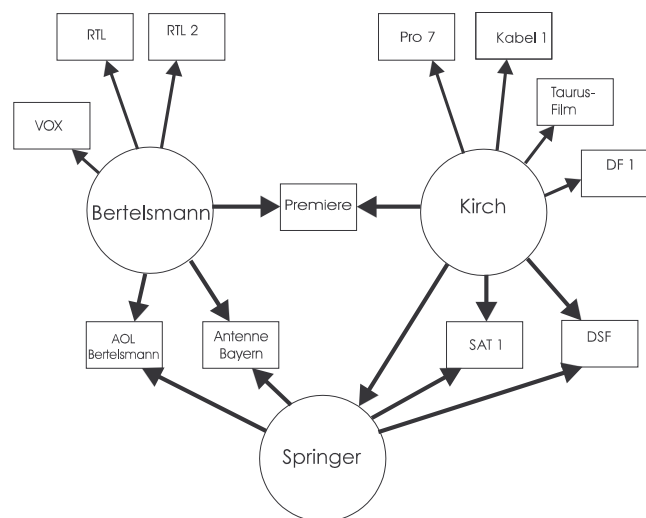
Dringend notwendig ist in Bayern die entschiedene Förderung der Medienkompetenz, sowohl in der Erwachsenenbildung als auch in der Schule. Wir fordern die sofortige Einführung flächendeckender und umfassender Angebote zur medienbezogenen Lehrerfortbildung an allen allgemeinbildenden Schulen Bayerns.

Staat antwortet falsch

Statt im Machtkampf der Interessen den freien Markt zu sichern und allenfalls auszugleichen, bzw. Kartellbildung zu verhindern, greift die Landesregierung einseitig ein. Statt unabhängige demokratische Berichterstattung zu gewährleisten, ist im Bayerischen Rundfunk das richtige Parteibuch die wichtigste „Qualifikation“.

Medien sind kein bloßes Objekt wirtschaftlicher Tätigkeit, sie spiegeln die kulturelle Identität und Vielfalt der Gesellschaft wider. Daher ist eine staatliche Aufsicht (Regulierung an dieser Stelle) sinnvoll und notwendig.

Verflechtungen



Duale
„Kräftigungsspielen“:
wirtschaftlicher
Wettbewerb und
starke Bürgerrechte

Duales System stärken

Wir brauchen beides: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk und private Medien. Die bayerische F.D.P. fordert hierbei eine klare Trennung im wirtschaftlichen und publizistischen Bereich, der sich vor allem im Programmauftrag (Information, Bildung, Unterhaltung) des öffentlich-rechtlichen Rundfunk widerspiegelt.

Für das öffentlich-rechtliche System gilt:

- Finanzierung überwiegend durch Gebühren,
- Politiker haben in den Gremien der Rundfunkanstalten nichts zu suchen,
- die Zahl der Rundfunkanstalten ist so zu gestalten, daß jede einzelne als wirtschaftliche Einheit ohne fremde Hilfe arbeiten kann,
- die redaktionellen Mitarbeiter haben ein Mitspracherecht bei der Einstellung und Entlassung von Redakteuren.

Für die privaten Medien gilt:

- Bundeseinheitliche Zulassungsverfahren durch die Errichtung einer von den Ländern getragenen Bundesmedienanstalt,
- Schaffung einer Binnenpluralität, die die Unabhängigkeit der redaktionellen Mitarbeiter schützt,
- Stärkung der Bürgerrechte gegen Sensationsjournalismus durch einen Ombudsmann in Bayern.

Innovation durch
Freiheit

Der Volks-Compu-
ter ist nicht mehr
fern.

Freiheit des Internet

Wir begrüßen die neuen Möglichkeiten des Internet, die jedem Bürger den Zugang zu jeder Information ermöglichen wie nie zuvor. Deshalb sind wir gegen Kryptographieverbot (Kryptographie = Verschlüsselung von Daten), und für verbesserten Datenschutz, gerade auch gegenüber staatlichen Stellen. Es ist unerträglich, wenn eine bayerische Ministerin auf die unbestritten berechnete Kritik des amtlichen Datenschutzbeauftragten zur Tagesordnung übergeht mit der Bemerkung, damit könne sie "leben".

Staatliche Förderprogramme wie Bayern Online sollen nur Anschlag sein. Sie dürfen sich aber nicht als Konkurrenz zu privaten Providern festsetzen oder gar die Kontrolle des Staates auf die vernetzten Bürger vorbereiten.

Kulturpolitik

Die Schöne und das Biest.

Rückführung:

Die Kulturgüter aus den Depots müssen endlich wieder in ihre Ursprungsregion gebracht werden!

Sport

Wieder 4 Sportstunden pro Woche

Kultur zwischen Kunst und Kommerz

Der Kulturkampf heute heißt: Immer weniger Mittel, aber immer höhere Ansprüche. Finanzcontroller gegen Künstler, Kunst gegen Kommerz.

Die Theater waren schon immer Zwitterbetriebe aus Kunst und Management. Nur sind diese beiden Bereiche offenbar in den "fetten Jahren" auseinandergetriftet: Die Kostenfrage wurde für unkünstlerisch und damit zum Tabu erklärt. Kunst sollte nur gut sein - fertig. Heute heißt es: Kunst soll billiger werden.

Müßte man nicht heute darauf beharren, daß sich die Theater durch Kunst und durch effektives Management zu legitimieren haben?

Wenn die Erwartungen an die Effektivität und damit auch an die wirtschaftlichen Erfolge höher und höher geschraubt werden, dann werden die Theater mehr und mehr zum Kommerz verdammt. Der künstlerische Auftrag des öffentlich finanzierten Theaters erstreckt sich aber gerade auch auf das, was nicht marktgerecht, ja auch was unbequem ist. Wer die Theater so knebelt, daß sie sich das künstlerische Wagnis nicht mehr leisten können, der schädigt die Legitimität dieses Systems in den Grundfesten.

Die F.D.P. fordert deshalb:

- Die Institutionen müssen in ihrer Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden.
- Mehr Wettbewerb durch Unterstützung von Werken statt Personen entwickeln.
- Kulturhäuser vergleichbar den Sportheimen als kulturelle Räume in der Fläche schaffen.

Kultur ist nicht das Sahnehäubchen, kein Luxus, sondern ein Grundnahrungsmittel.

Sport ist für alle Menschen da

Das geänderte Sozialverhalten mit Auswirkungen etwa bei der Konsumhaltung, beim Gesundheitszustand und einer Vereinsamung sowohl von jungen als auch von älteren Menschen erfordert neue Initiativen zur Stärkung des Breitensports. Zum Schulsport an allgemeinbildenden Schulen in Bayern fordert die F.D.P. wieder vier Sportstunden pro Woche. Der erweiterte Basissportunterricht und der differenzierte Sportunterricht müssen von dafür ausgebildeten Lehrkräften durchgeführt werden. Übungsleiter und Trainer aus Vereinen sollen im Schulsport nur zur Unterstützung der Lehrkräfte eingesetzt werden.

Umweltpolitik

Nachhaltigkeit

Verursacherprinzip

Verschiedene Belastungen

Schutz des Wassers

Kfz-Steuer endlich auf die Mineralölsteuer umlegen

Mischkulturen

Vermeiden, Trennen, Verwerten

Dämpfung an der Quelle

Umwelt zum Leben

Umweltpolitik steht in der Verantwortung für heutige und zukünftige Generationen. Das Konzept der Nachhaltigkeit, vor langer Zeit in der Forstwirtschaft entwickelt, ist deshalb zu Recht ein zentraler Orientierungspunkt für verantwortungsvolle Politik. Ökonomie und Ökologie schließen sich nicht aus, oftmals wirken sie sogar erfolgreich zusammen. Die F.D.P. bevorzugt deshalb marktwirtschaftliche Lösungen in der Umsetzung. Lange vor allen anderen Parteien hat sich die F.D.P. für die strikte Anwendung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips eingesetzt. Die F.D.P. möchte die Umwelt besonders in Zusammenarbeit mit denen, die in der Land- und Forstwirtschaft leben und arbeiten, für spätere Generationen erhalten.

Mit gesundheitsschädlichen und lebensfeindlichen Substanzen belasten wir unsere Luft, Trinkwasser und Lebensmittel. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe, der Raubbau an den Rohstoffvorräten und die ungelöste Entsorgung der bestehenden Kernkraftwerke sind nur einige Beispiele. Eine pauschale Verteufelung bestimmter Stoffe und Technologien lehnt die F.D.P. jedoch ab.

Wir setzen uns ein für

den Schutz des Wassers und des Bodens durch

- weitere Verminderung des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes,
- weitestgehenden Verzicht auf die Nutzung von Trinkwasser für industrielle Verfahren, Straßenreinigung und landwirtschaftliche Bewässerung, Schonung des tertiären Tiefenwassers,
- Abbau bürokratischer Hemmnisse für die Nutzung von Regenwasser,
- strikte Erhaltung von Mooren und Feuchtgebieten und naturnahen Fließgewässern,
- naturnahe Rückführung von Fluß- und Bachbegradigungen,

den Schutz von Luft und Atmosphäre durch

- Anpassung der industriellen Abgasreinigung an den jeweiligen Stand der Technik,
- weltweiten Einsatz von Ersatzstoffen, die für die Ozonschicht unschädlich sind, anstelle der FCKW,
- Verminderung des Methan-Ausstoßes insbesondere mittels Biogasanlagen,
- Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ durch Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer,

den Erhalt der Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen durch

- Novellierung des bayerischen Naturschutzgesetzes,
- Wiederaufforstung mit Baum-Mischkulturen,
- Erweiterung von Naturschutzgebieten und Nationalparks,
- Biotopvernetzung,
- Flächenrücknahme aus Intensivbewirtschaftung,

die Durchsetzung einer rohstoffsparenden und umweltverträglichen Abfallwirtschaft durch

- Einhaltung der Priorität: Vermeiden, Trennen, Verwerten,
- möglichst sortenreine Erfassung der Wertstoffe, energetische Verwertung der vorbehandelten Reststoffe und Deponierung der Verbrennungsrückstände, getrennte Erfassung des Biomülls und Kompostierung bzw. Vergärung zum Zwecke der Energieerzeugung,
- Vorrang privatwirtschaftlicher Entsorgungsbetriebe vor kommunalen Einrichtungen
- Genehmigung und Zuschüsse für neue Verbrennungsanlagen nur bei Nachweis der Notwendigkeit der Kapazität,
- Einführung neuartiger alternativer thermischer Verfahren z.B. Kryotechnik,

den Schutz vor Lärm durch

- den Grundsatz „Dämpfung an der Quelle nach dem jeweiligen Stand der Technik“,
- Vermeidung des Durchgangsverkehrs in Wohngebieten,
- Umgehung oder Tunnel für Orte mit überdurchschnittlichem Durchgangsverkehr auf Straßen oder Schienen.

Energiepolitik

Auch hier: Das Konzept der Nachhaltigkeit

Globale Energiepolitik

Steuern über den Preis

Sparen ist die beste Energiequelle

Schluß mit den Dauersubventionen

Eine Chance für Alternativen

Energie ist die Grundlage für unser Leben

Energie steht uns nicht unerschöpflich zur Verfügung. Energiepolitik muß deshalb eine nachhaltige Energiewirtschaft anstreben, das heißt, wir dürfen Ressourcen nur in dem Maße verbrauchen wie wir gleichzeitig neuartige Ressourcen nutzbar machen. Dabei muß die Umweltbelastung so gering gehalten werden, daß sie in einem vertretbaren Verhältnis zum Energiegewinn steht. Energie muß einen langfristig kalkulierbaren Preis haben, der jedoch die realen Folgekosten einschließt.

Energiepolitik muß global gesehen werden. Die Industrieländer müssen die technologischen Entwicklungen auch für die Entwicklungsländer bereitstellen. Auflagen zum Schutz der Umwelt müssen großräumig eingeführt werden, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Energie- und Umweltpolitik muß auf eine globale und nicht nur auf eine lokale Effizienz ausgerichtet werden.

Steuerungsmechanismen

Aufklärung, Mitverantwortung und marktwirtschaftliche Instrumente setzen den Rahmen. Wichtigstes Lenkungsinstrument ist der Preis.

Energiesparen

Eingesparte Primärenergie ist die beste Energiequelle. Raum- und Verkehrsplanung wie auch Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen auch den Energieeinsatz entsprechend berücksichtigen. Obergrenzen des Kraftstoffverbrauchs für die insgesamt verkaufte Kraftfahrzeug-Flotte sind einzuführen.

Fossile Energieträger

Fossile Energieträger sind absehbar endlich und belasten die Umwelt durch ihre Verbrennungsprodukte. Ihr Einsatz ist nicht mehr zu subventionieren. Deshalb sind Dauersubventionen zu beenden.

Alternative Energieträger

Alternative Energieträger brauchen einen gewissen Schutzraum, um sich entwickeln zu können. Es ist sinnvoll, Windenergie und solarthermische Kraftwerke vorrangig vor der Photovoltaik zu fördern. Dabei dürfen die Speicherverfahren (z.B. elektrochemische Verfahren) nicht vernachlässigt werden.

Kernenergie

Die Kernenergie spaltet die Öffentlichkeit seit vielen Jahren. Sie stellt einerseits durch die bestehenden Reaktoren ein erhebliches Vermögen dar, lindert die CO₂-Problematik und bildet eine stabile Grundversorgung mit Strom. Andererseits machen sich viele Menschen Sorgen um die Reaktorsicherheit und die Entsorgung ist ungelöst. Ein Export unserer Probleme ist keine Lösung. Wir müssen unsere Energieversorgung und die Abfallentsorgung selbst lösen. Die Option für die friedliche Nutzung der Kernenergie muß offengehalten werden. Zugleich ist ein nationaler Energiekonsens über die Nutzung der unterschiedlichen Energieträger erforderlich. Energiepolitik muß langfristig denken. Ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Effizienz und Sicherheit der Versorgung wie des Betriebes sind die Eckpfeiler für die Politik der bayerischen F.D.P. Wir wollen den optimalen Energiemix und die Energiepolitik aus einem Guß.

Gesonderter Mehrwertsteuersatz für Energieverbrauch

Die F.D.P. schlägt vor, für den Energieverbrauch in Abstimmung mit den europäischen Partnern einen eigenen Mehrwertsteuersatz einzuführen. Bedingung ist dabei, daß die Mehreinnahmen ausschließlich dazu verwendet werden, die Lohn- und Einkommensteuer weiter abzusenken.

Mobilität,
Verkehr und
Landesplanung

Marktwirtschaftliche
Mechanismen statt
Strafe

Der entscheidende
Wandel: Kunden-
orientierung statt
Staatsbetriebe!

Darauf fahren Sie
ab!

Diese Wege sind
richtig!

Raumordnung nicht
hinter verschlosse-
nen Türen, sondern
mit den Bürgern!

Mobil durch kundenorientierte Verkehrssysteme

Mobilität ist ein wesentlicher Teil der Lebensqualität und damit der Freiheit, oft lebensnotwendig. Sinnvolles Vermeiden von Verkehr muß durch marktwirtschaftliche Mechanismen realisiert werden, nicht durch "Strafbesteuerung", die Teile der Bevölkerung von der Mobilität ausschließt. Mittel liberaler Verkehrspolitik für ein ökologisch verträgliches, effizientes Verkehrsnetz sind verursachergerechte Folgekostenanlastung, moderne Verkehrsleitsysteme, neue Arbeitsmodelle, z.B. Telearbeit und eine Raumordnungspolitik, die Wohnen und Arbeiten wieder zusammenbringt.

Nahverkehr

Die wesentlich von der F.D.P. mitgestaltete Bahn und -Nahverkehrsreform hat einem kunden- statt anbieterorientierten Verkehrsangebot den Weg freigemacht. Die Fortentwicklung muß nach den Vorstellungen F.D.P. vor allem auf eine Verknüpfung der Verkehrsträger setzen mit einer Intensivierung der Kundenorientierung. Dieser marktwirtschaftliche Kurs ist der Königsweg für einen zukunftsfähigen Nahverkehr!

Fernverkehr

Der Bundesverkehrswegeplan 1992 ist für die bayerische F.D.P. die Grundlage zur Wiederherstellung eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes im vereinten Deutschland, aber auch zur Schaffung neuer Verkehrswege in die angrenzenden Nachbarstaaten, insbesondere zu den östlichen! Dies gilt für Schiene, Straße und - wo möglich - Wasserstraßen. Der Güterverkehr muß verstärkt auf die Bahn gebracht werden. Die Deutsche Bahn AG muß ihre Transportleistungen steigern.

Vernünftig ist: Lange Transportstrecken bedienen Bahn und Schiff, die regionale und örtliche Verteilung der Güter übernehmen LKWs.

Der Luftverkehr ist ein wachsender Verkehrsmarkt und deshalb auch in Bayern für die Arbeitsplatzentwicklung wichtig. Insbesondere sind neben den großen Flughäfen München und Nürnberg die Regionalflughäfen in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken.

Landesplanung - Beteiligung der Bürger

Nur ein starkes Landesentwicklungsprogramm kann Investitionssicherheit für die Wirtschaft bieten. Dazu gehört auch, daß an den Einzelheiten das Parlament voll verantwortlich mitarbeitet.

Das Raumordnungsverfahren ist ein unentbehrliches Instrument, unterschiedlichste Interessen und Nutzungsansprüche abzuklären und auszugleichen. Diese Funktion kann es nur erfüllen, wenn es nicht hinter verschlossenen Türen abgewickelt wird und wenn alle Betroffenen mitwirken können.

Die F.D.P. fordert, das Raumordnungsverfahren öffentlich zu führen und allen von einer Planung berührten Gemeinden ein Initiativrecht zur Einleitung zu gewähren. Dies will die F.D.P. in einem Bürgerbeteiligungsgesetz regeln. Leitlinie ist dabei: Miteinander statt gegeneinander!

Kommunal- politik

Kommunen stärken !

Aufgaben auf die richtige Ebene

Die besondere Bedeutung der Kommunen ergibt sich aus ihrer besonderen Rolle in einer offenen Bürgergesellschaft. Nach der Eigenverantwortung der einzelnen Bürger, dem Einsatz der Familie und Nachbarschaft sowie dem zumeist ehrenamtlichen Engagement von Vereinen und Organisationen sind die Gemeinden die erste öffentlich-rechtliche Ebene und damit die Basis im Staatsaufbau. Sie haben den direkten Kontakt zu den Bürgern. Ihrer Aufgabe werden sie nur gerecht, wenn sie durch größtmögliche Selbstverwaltungshoheit die Bürgernähe in politische Aktionen umsetzen können, die die Bürgerinteressen in den Mittelpunkt stellen. Die Bürger müssen sich vom Bürgerbegehren bis zum Bürgerentscheid an politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene beteiligen können.

(1) Beispiele:

Denkmalpflege,
Wasserwirtschaft,
Heimaufsicht,
Sonderschulen

- Die F.D.P. fordert, die Selbstverwaltungshoheit der Kommunen (Gemeinden, Städte, Landkreise, Bezirke) vor Eingriffen zu schützen, die sich durch Vorgaben der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates selbst ergeben. Gemeindewirksame Rechtsvorschriften dürfen nur unter Mitwirkung der Kommunen entstehen. Die kommunalen Spitzenverbände sind an der Gesetzgebung rechtzeitig zu beteiligen.
- Die F.D.P. fordert, unter gleichzeitigem Personalabbau in der Ministerialebene, die Übertragung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung von Ministerien der Staatsregierung auf die Bezirke, soweit sie von den Bezirken in eigener Verantwortung erledigt werden können (1). Die regionalen Planungsverbände sind abzuschaffen. Ihre Aufgaben sind je nach Eignung auf die Bezirke bzw. die Landkreise zu übertragen. Nach den gleichen Grundsätzen sind Aufgaben von den Bezirken auf die Landkreise und von diesen auf die Gemeinden zu übertragen. Mit der Aufgabenübertragung sind auch die erforderlichen Finanzmittel zu übertragen.

Ziel muß sein, die jeweils noch kompetente unterste, also bürgernächste Ebene mit der Erledigung der einzelnen Aufgaben zu betrauen (Subsidiarität). Dabei sind auf allen Ebenen unter der Voraussetzung, mindestens gleich gut, gleich günstig und gleich sicher, private Anbieter einzuschalten.

(2) Beispiele für diesen Mißstand:

1. Beispiel: Garantie eines Kindergartenplatzes für jedes Kind in einem Bundesgesetz, für dessen Umsetzung die Kommunen zuständig sind. Für den Anspruch sorgt der Bund, für die Finanzierung müssen die Kommunen aufkommen.

2. Beispiel:

Finanzierung des Krankenhausbaues durch den Freistaat. Viele Jahre Vorfinanzierung der staatlichen Mittel mit hohen Zwischenfinanzierungskosten, die die kommunalen Haushalte belasten.

Unter konsequenter Anwendung dieses Subsidiaritätsprinzips sind die Zuständigkeiten der Bezirkstage als dritter Stufe der kommunalen Selbstverwaltung so zu stärken, daß sie bei der Bevölkerung deutlich mehr Akzeptanz gewinnen. Anderenfalls sind sie abzuschaffen.

Wer anschafft, muß auch zahlen

In Sonntagsreden wird von Politikern aller Couleur regelmäßig die Bedeutung der Kommunen betont.

In der Praxis sind die Städte, Gemeinden und Landkreise aber ebenso regelmäßig immer dann die Dummen, wenn Bund und Länder den Bürgern Versprechungen machen, deren Finanzierung sie nicht sicherstellen können (2).

Die F.D.P. fordert den Freistaat auf, dafür zu sorgen, daß die Kommunen soweit möglich von Belastungen befreit werden, die ihnen außerhalb ihres Verantwortungsbereiches vom Bund und vom Freistaat aufgeladen wurden. Im Falle der Übertragung von Aufgaben auf die Kommune müssen Bund und Länder ihnen auch die hierfür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

"Wer anschafft, der muß auch zahlen". Dieses Konnexitätsprinzip muß auch in der Politik gelten und in der Verfassung verankert werden.

Finanzen gerecht verteilen

Die F.D.P. fordert eine Neuordnung der Finanzverfassung der Kommunen und des kommunalen Finanzausgleichs nach folgenden Grundsätzen:

- Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit der Kommunen,
- Ziel: aufgabengerechte Finanzstruktur
- eigenes Hebesatzrecht der Kommunen
- Finanzausgleich ohne Veränderung der Finanzkraftreihenfolge der Kommunen,
- Verankerung der Neuregelungen in der Bayerischen Verfassung.

Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung erfordert vor allem auch eine Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit der Kommunen. Sie müssen in der Lage sein, ihren individuellen Finanzbedarf zu decken. Dazu sind sowohl eigene, selbst beeinflussbare Einnahmequellen, als auch langfristig kalkulierbare Finanzausgleichszahlungen des Landes erforderlich. Durch den Finanzausgleich zwischen den Kommunen darf aber die Rangfolge der Kommunen bzgl. ihrer Finanzkraft nicht verändert werden. Dies würde den Wettbewerb zwischen ihnen außer Kraft setzen. Die Leistungsbereitschaft sowohl der finanzstarken als auch der finanzschwachen Kommunen würde untergraben.

In die Finanzdisziplin der Mitgliedsstaaten innerhalb der Europäischen Währungsunion sind neben dem Bund und den Ländern auch die Kommunen eingebunden. Das öffentliche Defizit darf in Zukunft 3 % des Bundesinlandsproduktes (BIP) und der öffentliche Schuldenstand 60 % des BIP nicht überschreiten. Bei Verstößen gegen diese Kriterien sind gegen den betroffenen Staat empfindliche Sanktionen vorgesehen. Die F.D.P. fordert, daß bei der Zuordnung der gegebenenfalls zu verhängenden Sanktionen auf die jeweilige Gebietskörperschaft die Kommunen nicht für Überschreitungen der Kriterien verantwortlich gemacht werden, die als Folge der Übertragung von Aufgaben des Bundes und des Freistaates auf die Kommunen ohne gleichzeitige ausreichende Finanzausstattung entstehen. Die Folgen haben in diesen Fällen die verursachenden Gebietskörperschaften zu tragen.

Stärkung des Ehrenamtes

Das ehrenamtliche Engagement ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Vision einer liberalen Bürgergesellschaft. Die F.D.P. setzt sich daher für eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ein. Die freiwillige Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen ist wichtig und wird zukünftig noch wichtiger werden. Deshalb ist zumindest ein Auslagenersatz anzubieten, ggf. sogar ein pauschalierter Rentenanspruch zu realisieren. Ehrenamtliches Engagement muß wieder anerkannt sein.

Die F.D.P. will

- die Schaffung einer sogenannten "Ehrenamt-Card" mit Vergünstigungen für öffentliche Einrichtungen (ÖPNV, Museen, Sporteinrichtungen) für ehrenamtlich Engagierte
- eine einfache Finanzverwaltung für den ehrenamtlichen Bereich
- daß die im Ehrenamt erworbenen Fähigkeiten vor allem bei Jugendlichen als berufliche Qualifikationsmerkmale anerkannt werden.

Föderalismus

Subsidiarität heißt:
Was vor Ort
geregelt werden
kann, soll auch dort
entschieden und
durchgeführt
werden.

Die F.D.P. will
klare Aufgaben-
und Finanz-
verantwortung.

Schluß mit
Blockadepolitik!

Für einen echten Föderalismus - wir wollen ein starkes Bayern

Im Vertrag von Maastricht hat die F.D.P. das Grundprinzip der "Subsidiarität" durchgesetzt. Es bedeutet: Europa ist nur für solche politische Fragen zuständig, die nicht sachgerechter von den einzelnen Ländern entschieden werden können. Nach unseren Vorstellungen sollte dieses Subsidiaritätsprinzip aber nicht nur im Verhältnis zwischen der europäischen Ebene und den Mitgliedsländern gelten, sondern auch innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer.

Für Deutschland bedeutet dies: Das derzeitige **System der Vermischung der politischen Aufgaben** zwischen dem Bund, den Ländern und den nachgelagerten Gebietskörperschaften, insbesondere den Gemeinden, hat sich **nicht bewährt**. Der Hauptnachteil dieses Systems: Es vermischt sich auch die politische Verantwortung. Der Bürger weiß letztlich nicht, wer für welche politische Entscheidung zuständig ist, und wer damit auch für Fehlentscheidungen die Konsequenzen zu tragen hat. Beispiel: Auch auf an sich rein bundespolitische Entscheidungen nehmen die Länder über den Bundesrat Einfluß. Deshalb sind auch die Landtagswahlen meist stark von bundespolitischen Themen überlagert, werden sie als Instrument verstanden, die jeweilige Bundestagsmehrheit und Bundesregierung zu unterstützen oder abzustrafen. Dieses Mischsystem hat in starkem Maße zur Lähmung der politischen Entscheidungsstrukturen beigetragen und damit Reformen wesentlich erschwert, teilweise sogar verhindert.

An die Stelle dieses Systems wollen wir Liberale einen echten Föderalismus setzen:

Für die Bundespolitik soll allein der Bund (Bundestag, Bundesregierung) zuständig sein, die dann auch für die Ergebnisse dieser Politik die Verantwortung zu tragen haben. Die Länder sollen nicht mehr, wie bisher, weitgehend ein „verlängerter Arm“ des Bundes sein, sondern ihre eigenen autonomen Entscheidungs- und Verantwortungsfelder haben. Das stärkt die Länder, das stärkt unser Land Bayern.

Auch das Verhältnis zwischen den Ländern und den Gemeinden wollen wir entflechten. Allenfalls zur verwaltungsmäßigen Ausführung der Gesetze kann sich die jeweilig höhere Ebene der nachgeordneten Ebene bedienen, sie hat hierfür allerdings dann auch die vollen Kosten zu ersetzen.

Parallel zu der Reform des Föderalismus nach dem Prinzip der Subsidiarität fordert die F.D.P. auch eine **Reform der Finanzverfassung**. So soll es in Zukunft **keine Bundes-, keine Landes- und keine Gemeindesteuern** geben, über deren Höhe - Tarife - die jeweils zuständige Ebene autonom entscheiden kann. So könnte mittelfristig die Trennlinie zwischen Bundes- und Landessteuern beispielsweise zwischen den Verbrauchssteuern (insbesondere Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer) einerseits und den Ertragssteuern (insbesondere Lohn- und Einkommen- sowie Körperschaftssteuern) andererseits gezogen werden. Soweit die Gemeinden neben ihren eigenen Steuern auch einen Anteil an den Landessteuern erhalten, steht ihnen dazu ein Gestaltungsspielraum - Hebesatzrecht - zu.

Ein solches klares Trennungssystem auch bei den Steuern schließt einen gewissen Finanzausgleich zwischen den Ländern und auch innerhalb der Länder zwischen den Gemeinden nicht aus. Er ist Ausfluß unseres Sozialstaates und des verfassungsmäßigen Prinzips der Solidarität. Er darf aber nicht zu einer pauschalen Gleichmacherei führen und den gesunden Wettbewerb zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften behindern.

Bayern und Europa

Bay. Staatsregierung
auf dem Holzweg

Die F.D.P. ist der
Garant für Stabilität in
Europa

Bayern ist für Europa

Nach dem kläglichen Scheitern ihres jahrelangen Kampfes gegen den Start des EURO am 1. Januar 1999 sucht sich die Bayerische Staatsregierung nunmehr einen neuen Tummelplatz: Pauschal wird die von CDU, CSU und F.D.P. gemeinsam getragene Europapolitik der Bundesregierung und insbesondere des Bundesaußenministers Kinkel verunglimpft. So soll die stets auch von der CSU geforderte Osterweiterung jetzt plötzlich auf die lange Bank geschoben werden.

Die F.D.P. Bayern steht zu Europa und zur Europapolitik der Bundesregierung. Grundlage ist dabei das Prinzip der Subsidiarität: Europa soll nur für solche politische Fragen zuständig sein, die nicht sachgerechter von den einzelnen Staaten, Bundesländern oder Gemeinden entschieden werden können.

Zum pünktlichen und vertragskonformen Beginn der Währungsunion am 1. Januar 1999 hat die Politik der F.D.P. wesentlich beigetragen. Nun gilt es, die politischen Ziele der Währungsunion in die Tat umzusetzen: Für fairen Wettbewerb, für wirtschaftliches Wachstum, für mehr Arbeitsplätze, für die Menschen.

Dazu ist es aus Sicht der bayerischen F.D.P. nötig, die in der „Agenda 2000“ vorgesehene Neudefinition der Fördergebiete mit den Kriterien der derzeitigen Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ abzustimmen.

Ferner ist im Hinblick auf das in den zukünftig hinzutretenden osteuropäischen Ländern derzeit noch vorhandene Lohngefälle durch entsprechende bilaterale Vereinbarungen sicherzustellen, daß die Osterweiterung der EU ohne Verwerfungen entlang der bayerischen EU-Außengrenzen stattfindet.

Auf der europäischen Ebene muß das Mehrheitsprinzip umfassend zur Geltung kommen. Bei inhaltlichen oder personellen Fragen darf nicht mehr ein einzelnes Mitgliedsland gegen alle anderen seine egoistischen Ziele durchsetzen. Auch ist das Europäische Parlament zu stärken: Auf den europäischen Zuständigkeitsfeldern muß es als Gegengewicht zur Kommission und zum Ministerrat echte legislative und Kontrollfunktionen erhalten.

Eine Europäische Politische Union bleibt für uns die Vision, für die wir uns einsetzen.

Steuern
Abgaben
Gebühren
Beiträge

Schließlich ist es ihr Geld!

Ja, Bund, Länder und Kommunen brauchen ausreichend Mittel, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Sparsamkeit der öffentlichen Hand kann jedoch nur durch knappe Mittelzuweisung erzwungen werden. Außerdem halten wir es für falsch und schädlich, daß unser Steuersystem so undurchschaubar und kompliziert geworden ist.

Die große Steuerreform muß kommen!

Deshalb haben wir eine sozial gerechte, verständliche und zur Sparsamkeit zwingende Steuerreform vorgeschlagen.

Der Trend in Bayern ist gefährlich

Die Schulden des bayerischen Staates betragen derzeit fast 40 Milliarden DM, wobei diese sich beschleunigt erhöhen. Ursache hierfür ist u.a. der in der Bundesrepublik einmalig hohe Anteil der Personalkosten am Staatshaushalt.

Weniger Staat

Gleichzeitig wird der Haushalt durch einen überproportionalen Anstieg der Subventionen zusätzlich belastet.

Abbau der Subventionen

Die F.D.P. fordert

- wesentlich mehr Sparsamkeit von Landtag und Regierung,
- eine zurückhaltende Personalpolitik,
- Abbau der Subventionen in Bayern,
- Verminderung der Neuverschuldung des Freistaates,
- mehr Beachtung der Feststellungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs und Konsequenzen bei nachgewiesener öffentlicher Verschwendung.

Senkung der Steuern

Die F.D.P. will weiterhin

- den Ersatz der Gewerbesteuer durch die Beteiligung der Kommunen am Aufkommen aus der Mehrwertsteuer und die Einführung eines Hebesatzrechtes der Kommunen für ihren Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer,
- eine beschäftigungswirksame Senkung der Unternehmensbesteuerung.

Die F.D.P. lehnt ab

- den "Verschiebepbahnhof" zwischen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung,
- die Zweckentfremdung der gesetzlichen Sozialversicherung für versicherungsfremde Ausgaben, (z.B. für AB-Maßnahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit),
- das Diktat der Zuschüsse ("goldener Zügel") mit teuren Auflagen für die Kommunen durch den bayerischen Staat.

Die F.D.P. behauptet nach wie vor:

"Das Geld ist am besten in den Taschen der Bürger aufgehoben"!

Die bayerische F.D.P.
auf allen Ebenen

Die F.D.P. - die Reformpartei. Einer muß es ja tun.

Gleich geht's weiter. Lesen Sie das Bundestagswahlprogramm.